

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2,- Reichsmark vorwärts...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll und Voll“ mit „Geld und Kleinanzeigen“...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Raumverteilung 10 Pfennig, Reklamazeile 5,- Reichsmark...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckerei-Büro...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 28. August 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Gebt Lohn - nicht Worte!

Preisabbauaktion und Arbeiterschaft.

Mehr als eine Million Arbeitnehmer steht im schwersten Kampf um ihr Recht auf Leben. Die Teuerung, die entgegen den Warnungen und Protesten der Arbeitervertreter...

Und die Regierung? - Sie fühlt sich als Angestellter dieser Verbände. Sie hat in ihrer Steuer- und Zollgesetzgebung den Boden für die jetzt schwebenden Auseinandersetzungen geschaffen...

Was sie hinterlassen haben, das stand in der gestern von uns angekündigten Regierungserklärung. Die Kabinettsbeschlüsse, die sich auf den Preisabbau beziehen, sind rasch gekennzeichnet...

Als an einen Preisabbau, der infolge dieser Regierungsmassnahmen eintreten könnte, ist nicht zu denken. Eher ist es möglich, daß die durch die Zollvorlage bereits genährten Krisensymptome am Warenmarkt zur offenen Krise sich entwickeln...

einen Abbau jener Sozialpolitik für Sanierungsreife Unternehmer, die schon seit langem die Quelle unwirtschaftlicher Kapitalvergeudung und -festhaltung in unrentablen Betrieben...

Der Kampf der Bauarbeiter.

Um Mitternacht noch kein Verhandlungsergebnis.

In der gestrigen Verhandlung im Reichsarbeitsministerium über den Antrag der Bauunternehmer, den Schiedspruch für verbindlich zu erklären, kam es zunächst zu nochmaligen Stundenlangen Besprechungen über die Lohnfrage...

Die Verhandlungen gestalteten sich außerordentlich schwierig. Die Unternehmer zeigten ein sehr geringes Entgegenkommen. Es ist deshalb damit zu rechnen, daß die Verhandlungen noch weit in die Morgenstunden andauern werden.

stillstand mit Arbeitslosigkeit zu bezahlen haben. Und es ist bezeichnend, daß man den Mut zu einer solchen Zuspitzung der Krise findet, nicht aber gleichzeitig Vorkehrungsmaßnahmen trifft...

Die Vorahnung der Krise ist es auch, die den Unternehmern des Bau- und Textilgewerbes den Mut gibt, den starken Mut zu spielen. Ein Streit ist für diese Kreise ein Moratorium; sie brauchen ihren Kreditverpflichtungen nicht oder doch nur in gedämpftem Tempo nachzukommen...

Sie - die Unternehmer - haben ihre Zölle. Die Arbeiterschaft hat deren Wirkung, die Teuerung, zu spüren bekommen. Ihr Kampf geht um eine gerechte Sache, darum nämlich, den Reallohn der Vorkriegszeit wiederherzustellen...

Die Regierung, die mit ihrer „Preisabbauaktion“ nur von der Verantwortung für die Ursachen des Kampfes und für

ihre Stellungnahme gegen die Arbeiterschaft ablenken will, wird dabei zu spüren bekommen, daß die großen Massen des Volkes sich nicht zum Spielball einer unfähigen und anmaßenden Gruppe von Großkapitalisten machen lassen werden.

„Ein Dokument der Schande!“

Urteil des Stegerwald-Blattes über die Unternehmer.

Die von Adam Stegerwald begründete und von ihm noch heute stark beeinflusste Tageszeitung der Christlichen Gewerkschaften, „Der Deutsche“, ist über die im letzten Abendblatt besprochene Kundgebung der Unternehmerverbände aufs höchste entrüstet...

Diese Kundgebung ist für das deutsche Unternehmertum ein Dokument der Schande. Es handelt sich um nichts mehr und nicht weniger, als um eine großangelegte Irreführung der Öffentlichkeit...

Schon vor dem Kriege waren die Löhne der Bauarbeiter in Berücksichtigung des Saisoncharakters des Gewerbes so, daß eine förmliche Flucht aus dem Baugewerbe stattfand. Nachwuchs für das Gewerbe war ebenfalls nicht zu erhalten...

Wahrscheinlich für die Befestigung der Löhne soll allerdings die Leistung sein. Trotzdem die Vorkriegsreallohn im allgemeinen nicht erreicht sind, ist die Leistung der Bauarbeiter erheblich gestiegen...

Wären die vereinten Arbeitgeber, die sich so gegen die angeblich hohen Bauarbeiterlöhne entrüstet, von dem ehrlichen Willen getragen, die Wahrheit zu ermitteln, so hätten sie sich daran geben müssen, die Lohnunterschiede am Baupreis festzustellen...

Die vereinten Arbeitgeberverbände handeln volkswirtschaftlich verantwortungslos.

Die Einheitsfront der Unternehmer zur Niedrighaltung der Arbeiterlöhne rufte die Einheitsfront der Arbeiterschaft auf. Wenn schon das christliche Blatt Stegerwalds zu einem so schweren Verdammungsurteil über die Haltung des Unternehmertums kommt...

Die Kundgebung der Unternehmerverbände ist mehr als ein „Dokument der Schande“. Es ist die unverhüllte Proklamation des Klassenkampfes von oben. Während unzählige Soldaten in Betrieb sind, um der Sozialdemokratie die Klassenkampftheorie als Verbrennen anzukreiden...

Die Unternehmerverbände von den Banken über Industrie und Handwerk zum Groß- und Kleinhandel stehen in Einheitsfront gegen die Bauarbeiter und damit gegen die gesamte organisierte Arbeiterschaft.

Inzwischen können Wohnungen verfallen und Neubauten weiter stillstehen, können Ungezähnte weiter auf eine Wohn-

und Schlafgelegenheit warten, können öffentliche Bauten nicht vollendet werden — das Unternehmertum befiehlt es so, weil es sich in keinem kapitalistischen Profitstreben geföhrt und gehindert sieht!

## Die machtlose Regierung.

### Gewerkschafter über die Teuerungsdaktion.

Besern, Donnerstag, fand eine Besprechung zwischen den Spitzenorganisationen und der Regierung über die Verbilligungsaktion. Der ADGB war durch die Genossen Knoll, Spliedt, Eggert, Dr. Kron, der ASB-Bund durch den Genossen Schweiger, die Hirsch-Duncker durch Lemmer und die Christlichen durch Brost vertreten. Von der Regierung nahmen Staatssekretär Tendelenburg und Ministerialdirektor Dr. Schäffer an der Besprechung teil. Dr. Schäffer legte in großen Zügen das Verbilligungsprogramm der Regierung dar und betonte hinsichtlich der Lohnforderungen der Gewerkschaften, daß es durchaus nicht in ihrem Interesse läge, wenn eine Senkung der autonomen Fälle in den Handelsvertragsverhandlungen durch Lohnforderungen der Gewerkschaften, die an und für sich die Preispolitik der Regierung durchkreuzen müßten, verhindert würde.

Die vertretenen Spitzenorganisationen nahmen sodann Stellung zu den Ausführungen der Regierung. Ihre Darlegungen bewegten sich durchweg auf der gleichen Linie und gingen dahin, daß man der Regierung den guten Willen zur Preislenkung nicht absprechen könne, daß man aber nicht an ihre Macht und an ihre Fähigkeit glaube, das Verbilligungsprogramm durchzuführen.

U. a. wies Genosse Eggert in längeren Ausführungen auf die Preisverbilligungsaktion der Regierung Luther im Herbst 1924 hin. Es waren von der Regierung damals sehr wichtige Maßnahmen, wie die Verminderung der Umsatzsteuer, Frachtermäßigungen, Erhöhung der Wirtschaftskredite und Verlängerung der Umlaufzeit von Warenwechseln ergriffen worden. Eine Auswirkung auf die Preise hat sich nicht gezeigt, weil das Unternehmertum mit Preissteigerungen bewußt den Absichten der Regierung entgegengewirkt hat. Das sei eine bittere Lehre für die Gewerkschaften gewesen. Wenn sie jetzt der Regierung den guten Willen nicht absprechen, können die Gewerkschaften aber nicht an ihre Macht glauben, die Preise zu senken. Denn in den Wirtschaftskreisen habe Eigennutz und Eigenmacht eine Atmosphäre geschaffen, in der die Regierungsmaßnahmen keinen Raum haben. Auf Grund der Erfahrungen mit der letzten Preislenkungsaktion sind die Gewerkschaften zu der Klarheit gekommen, daß nur rücksichtslose Lohnkämpfe auf das Kartell- und Preiswesen bereinigen wirken können. Angesichts der neuen Bestrebungen der Regierung können und wollen sie ihre Lohnforderungen nicht abstoppen. Das ist schon aus dem Grunde nicht möglich, weil die Lohnforderungen der Gewerkschaften nicht die kommende Teuerung im Auge haben, sondern nur für die in den letzten Wochen und Monaten eingetretene Teuerung einen Ausgleich schaffen wollen.

Den Ausführungen Eggerts pflichteten die anwesenden Gewerkschaftsvertreter in jeder Hinsicht bei. Damit hatte die Sitzung ihr Ende erreicht. Die Gewerkschaften haben ohne jede Enttäuschung die Sitzung verlassen, da sie der Aktion der Regierung von Anfang an ohne jede Hoffnung entgegengewirkt haben.

## Die Krise im Zentrum.

### Westfälische Zentrumsarbeiter und der Austritt Wirths.

Münster i. W., 27. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Austritt Dr. Wirths aus der Reichstagsfraktion des Zentrums hat in den Kreisen der christlich organisierten Arbeiter Westfalens großes Aufsehen erregt. Bezeichnend ist, daß die gesamte Zentrumspresse Nordwestdeutschlands, an der Spitze die münsterschen Organe, die Sache nur kurz berichten, im übrigen aber völlig schweigen. Es erscheint das verständlich, wenn man sich daran erinnert, daß Erzberger, als er wenige Monate vor seiner Ermordung hier redete, von der gleichen rechtsstehenden Zentrumspresse wie ein Abtrünniger behandelt wurde. Die Arbeiterchaft des Zentrums und weite Teile

## Dubiels Tod.

### Von Hermann L. Schaefer.

Der Morgen sah grau ins Zimmer. Dubiel erhob sich leise vom Lager. Frau und Kinder schliefen noch. Was hatten sie mit seiner Tat zu schaffen. Ueber Nacht war sein Entschluß gereift. Was konnte das Leben ihm, dem Enttäuschten, Ermüdeten, noch bringen? Darum fort von hier. Schnell. Eine Reise wollte er antreten. Ohne Wiedertehr.

Er sah auf das Schränkchen. Es schimmerte schwach im Morgenlicht. Darin war sein Tröst: Aqua Toffana. Ein Totenkopf, väterlicher Freund, Trostbringer, Bote einer besseren Welt, grüßte von dem Etikett: „Komme zu mir! Ruhe hast du bei mir,“ winkte er freundlich.

In drei Stunden wirkte das Mittel. Eine kurze bleierne Schwere, dann war es aus. Plötzlich. Dubiel dachte mit Bonneschauern daran und senkte tief auf. Man fuhr in der Diligence des freundlich winkenden schwarzen Kopfes über Stock und Stein, geräuschlos im Siedelmessingflug.

Dubiel setzte das Glas an den Mund. Ein tiefer, tiefer Schluck! Tief atmete er auf, wachte den Mund und stellte die halb geleerte Flasche auf den Tisch. Noch einmal überflog sein Auge das Zimmer, haßte an den Betten der schlafenden Frau und der Kinder. Dann ging er.

Drei Stunden noch. Er wollte die aufgehende Sonne sehen, noch einmal die blauen, hellroten Kiefernstämmen in purpurner Morgenglut. . . und sich dann irgendwo in der Sonne hinlegen mit offenen, zum Himmel gerichteten Augen, steigenden Verchen über den Hügel, stöhndem Wind in schwer wogendem Heidekraut.

Er fuhr mit der Elektrischen hinaus. Noch war es früh. Nirgends Menschen ringsum. Er sah die Endstation liegen. Von hier war es eine Viertelstunde bis in die Heide. Eine bleierne Schwere trotz der Beine hinaus. Raum konnte er die Füße noch heben. Das Herz schlug vernichtend. „Aqua Toffana“, ging's durch Dubiels Sinn. „Sollte das Mittel schon jetzt wirken? Unwahrscheinlich.“

Der Wagen hielt. Mit Mühe stieg Dubiel aus. Flammend stieg die Sonne über den Kiefernwaldern empor. Verchen stiegen flatternd in die Morgenluft. Rosa Alaswolken verschwoben.

Da! Bärm. Aus dem Gasthause der Endstation traten Leute. Sie hatten die Nacht durchgeschuliert. Sie warteten unsicheren Schritts. Schwobende Ungetüme, Höhlenmenschen, verwildert.

„Gut dich,“ schrie ein wanderndes Hölstos Dubiel an. Er wollte weichen. Kostende Schwere in Füßen und Beinen. Ungefühl schlagendes Herz. „Aqua Toffana“, raste es in Dubiels Hirn. Wie angewurzelt stand er.

„Jesusgreifer,“ brüllte der trunkene Dicke, „wißt du Flag machen.“ Seine Faust fuhr Dubiel ins Gesicht, wuchtig und schwer. Dubiel taumelte.

der mittleren und unteren Beamtenschaft begrößen den Schritt Dr. Wirths. Das Vorgehen Wirths wird auf die innere Entwicklung im Zentrum auch hier, wo es vom rechten Flügel beherrscht wird, nicht ohne Folgen bleiben.

## Eine rheinische Stimme.

Köln, 27. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Austritt Dr. Wirths aus der Zentrumsfaktion wird von der kleineren Zentrumspresse der Städte und Industriezentren des Rheinlandes, wo sie besonders in Arbeiterkreisen ihre Verbreitung hat, doch wesentlich bedenklicher beurteilt, als in der großen Zentrumspresse oder bei den Blättern, die in ländlichen Kreisen erscheinen. Das Organ der Kölner Zentrumspartei, die „Rheinische Volkswacht“, bringt in ihrer Donnerstag-Abendausgabe einen sehr bemerkenswerten Artikel, überschrieben: „Ein offenes Wort zum Schritte Dr. Wirths“. In diesem Artikel wird u. a. gesagt: „Die in weiten Zentrumskreisen bestehenden Bedenken und Besorgnisse, denen Dr. Wirth demonstrativ Ausdruck gab, erscheinen uns besonders nach den Vorkommnissen bei der Verabschiedung der Zoll- und Steuergeetze, berechtigt. . . Der Schritt Dr. Wirths ist ein Vortreiben, gleichviel, ob sich nachweisen läßt, daß die Besorgnisse Wirths ungerechtfertigt sind oder nicht. . .“ Zu der Erklärung Fehrenbachs schreibt das Blatt: „Ob sie geeignet ist, als durchschlagende Rechtfertigung der Fraktionshaltung beruhigend zu wirken? Uns bewegen manche Zweifel. Es ist besser, sie auszusprechen, als sie zu verschweigen. . . Es ist nicht allgemeine Ueberzeugung in der Zentrumswählerschaft, daß die Fraktion den Weg der Zusammenarbeit mit der Rechten so gehen müßte, wie sie ihn gemöhlt hat. . . Jedenfalls würde eine Zentrumsfaktion ohne jede Bindung im Reichskabinett, und mag sie mit noch so vielen vorbehaltreichen Erklärungen eingegangen worden sein, in ihren Entschlüssen freier gewesen sein, als wir es bislang dem Kabinett Luther und den Reichsparteien gegenüber waren. . . Viele Zentrumswähler sehen eben in dem Beugen unter das Antreiben Dr. Wirths und unter die Drohung der Rechten in der Zollfrage einen Mangel an Entschlossenheit der Fraktion als Folge ihrer Bindung nach rechts. Das hat verstimmt und bedenklich gemacht. Sollte es nicht auch Dr. Wirths bedauerlichem Entschluß die letzten Impulse gegeben haben? Die Frage liegt nahe. . . Das entsprechende Mißtrauen gegen rechts ist durch Erscheinungen im deutschen Wirtschaftsleben und in der deutschnationalen Agitation im unbesetzten Gebiet vollauf gerechtfertigt. . .“

## Hoffnungen der Bayerischen Volkspartei.

München, 27. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Austritt Dr. Wirths aus der Zentrumsfaktion stärkt die Hoffnung der Bayerischen Volkspartei, wieder den seit langem gewünschten Anschluß an das Zentrum zu finden. Die Presse der Bayerischen Volkspartei hält im allgemeinen zwar mit ihren Aeußerungen noch zurück, um nicht durch vorzeitigen Jubel die Entwicklung zu stören. Nur der „Bayerische Kurier“ stellt bereits am Donnerstag mit Genugtuung fest, daß gerade jene Persönlichkeit jetzt den Bruch mit dem Zentrum vollzogen habe, die der Exponent einer Richtung sei, deren Politik zur Lösung der Arbeitsgemeinschaft zwischen Zentrum und Bayerischer Volkspartei geführt habe.

## Deutschnationale Rückzugsplanonade.

### Der Zusammenbruch der nationalistischen Demagogie.

Die „Deutsche Zeitung“ liefert eine Rückzugsplanonade, die den Marsch der Deutschnationalen von der Politik der „nationalen Opposition“ über die Annahme der Dames-Belege zum Sicherheitspakt mit dem ewigen Verzicht auf Elsaß-Lothringen deden soll. Die „Deutsche Zeitung“ polemisiert gegen die „Stresemannsche Staatskunst“, die sie mit folgenden Sätzen zeichnet:

„Erst Annahme des Dames-Planes (Regelung der Entschädigungsverpflichtung durch Sondervertrag), sodann Annahme des Sicherheitspaktes (Regelung der Grenzfragen durch Sondervertrag), sodann Annahme der Bedingungen der letzten Entwaffnungsnote (Regelung der Abrüstung Deutschlands durch Sondervertrag), sodann Abkommen über die Rhein-

Ein Schühmann kam um die Ecke. Er wollte Ordnung schaffen. Die Trunkenen brüllten ihm Hohn. Der Schühmann zog seinen Säbel und drang auf den Dicken ein, der Dubiel am Halse gefaßt hatte. Da eine plötzliche Wendung, der Dicke duckte sich, und die Spitze des Säbels fuhr in Dubiels Brust. Ein Blutstrahl sprang auf, seine Augen irrlichterten weit zu den Kiefernstämmen. . .

Dubiels Tod beschäftigte die Gerichte. Wer war schuldig an seinem Ende?

„Der Tod ist durch Vergiftung infolge Genusses von Aqua Toffana eingetreten,“ führte der Hausarzt aus. „Es ist der sonst gesunde Konstitution des Verstorbenen zuzuschreiben, daß er nach dem Genuß des Giftes, welches im allgemeinen schon nach einigen Minuten tödlich wirkt, noch fast zwei Stunden lebte und in die Heide hinausfahren konnte.“

Da trat der Kreisarzt an den Tisch und erklärte: „Der Verstorbene hätte, nachdem er das Gift fast zwei Stunden im Körper hatte, den Genuß von Aqua Toffana überstanden. Als Todesursache ist nach meiner Ansicht einzig und allein der vom Bäckermeister Braum ausgeführte Faustschlag anzusehen, der eine Verletzung der Wirbelsäule herbeiführte, durch die eine gewaltsame Verschiebung der Knorpel eine Beschädigung des Rückenmarks eintrat.“ Der Kreisarzt sah geringschuldig auf den Hausarzt herab.

Der Gerichtsrath trat der Ansicht des Kreisarztes schroff entgegen. Er schlug seine Augen wie ein Geier in die Menge der Zuhörer:

„Weder die Vergiftung durch Aqua Toffana, noch die Verletzung der Wirbelsäule, die mein Herr Kollege als Chirurg erheblich überschätzt, haben den Tod verursacht. Dieser ist einzig und allein auf den Selbstmord in die Lunge zurückzuführen.“

Der Richter rutschte unruhig auf seinem Sige. Er winkte dem Direktor des Pathologischen Instituts. Unnahbar trat dieser vor den Vorstehenden, faltete sein Manuskript auseinander: „Als Todesursache kommen die beiden Verletzungen wegen ihrer Gefährlichkeit nicht in Betracht. Aber auch die Vergiftung durch Aqua Toffana muß ausgeschlossen werden.“

Er hielt inne. Er kostete die Wirkung seiner Behauptung aus. Gewichtig fuhr er fort: „Der Tod ist durch die Hodgkin'sche Krankheit eingetreten, die eine Sphäroerkrankung der Lymphdrüsen und der Milz ist. Die pathologisch-anatomische Untersuchung einer erzielten Drüse ergab, daß es sich um eine Lymphogranulomatose handelte. Auch die Schwellung der submaxillären und submentalen Drüsen sowie die beiderseitige Schwellung der Inguinal- und der Cubitaldrüsen lassen auf die Hodgkin'sche Krankheit schließen.“

Es wurde unruhig im Gerichtssaale. Der Vorstehende schloß für eine Viertelstunde die Verhandlung.

Dubiel aber ruhte sanft und still in seinem Grabe, über das Windstöße durch schwer wogendes Heidekraut fuhren.

lande (Regelung der Kontrolle durch Sondervertrag), schließlich Eintritt in den Völkerbund (Regelung aller anderen Fragen des Versailler Diktats durch Sondervertrag) — vielleicht sollen diese Sonderverträge auch in anderer Reihenfolge zustandekommen. Ganz zum Schluß jedenfalls erst kommt die Kriegsschuldfrage. Wenn dann alles andere vorher geregelt ist, dann werden die Gegner sagen: „Wo gut, ihr seid nicht allein schuld, sondern es haben alle ein bißchen schuld. Dann wollen wir einmal den Versailler Vertrag in den Punkten, die noch nicht durch Sonderverträge geregelt sind, einer Nachprüfung unterziehen.“ Dann sind nämlich schon alle Punkte des Versailler Vertrages im Sinne des Vertrages durch Sonderabkommen, die mit der Kriegsschuldfrage nichts zu tun haben, geregelt. Also: „Erst Regelung der Kriegsschuldfrage!“ heißt die Parole der nationalen Opposition, dann wollen wir über andere Dinge weiterreden.“

Soweit ist also die „Deutsche Zeitung“ schon. Es bedeutet in Wirklichkeit bereits den vollständigen Verzicht auf eine eigene „nationale Politik“, wenn selbst die „Deutsche Zeitung“ den Plänen Stresemanns nichts anderes entgegenzusetzen weiß als die Forderung: „Erst Regelung der Kriegsschuldfrage, dann wollen wir über andere Dinge weiterreden.“ Diese Rückzugsplanonade heißt die Tatsache, daß die Demagogie der „nationalen Opposition“ völlig zusammengebrochen ist, herzlich schlecht.

## Reichswehrleutnant gegen Reichsflagge.

### Gewalt gegen eine Frau.

In Kassel hat sich während der Verfassungstage ein Vorfall ereignet, der ein bezeichnendes Licht auf die geistige Verfassung gewisser Reichswehrsoldaten wirft. Im Wachtgebäude der Reiterkaserne erschien in einer Privatwohnung am 10. August abends der Leutnant von Rogister und verlangte die Entfernung von drei Fähnchen in den Reichsfarben, die am Fenster am Blumenbrett angebracht waren. Sein Verlangen begründete er mit dem Bestehen einer Verfügung, nach der in der Kaserne nur die Reichskriegsflagge gezeigt werden dürfe. Am anderen Morgen, am Morgen des Verfassungstages, wurde das Fenster mit zehn Fähnchen in den Reichsfarben geschmückt. Daraufhin erschien der Herr Leutnant in Begleitung eines Gefreiten zum zweiten Male, um die Beseitigung der verhassten Fähnchen zu erzwingen. Trotz der ausdrücklichen Aufforderung, die Wohnung nicht zu betreten, ging er mit Gewalt gegen die Hausfrau vor und beseitigte sämtliche Fähnchen. Selbstverständlich sind an sogenannten „Deutschen Tagen“, bei der Wahl des Reichspräsidenten usw. von anderen Zivilpersonen der Kaserne die Fenster mit schwarzweißroten Fähnchen geschmückt worden, ohne daß irgend jemand dagegen einschritt. Das Vorgehen dieses ehrenwerten Leutnants der Reichswehr qualifiziert sich als glatter Hausfriedensbruch. Davon abgesehen ist es aber eine Schmach, daß unter den Offizieren der Reichswehr Herren wie dieser Leutnant Rogister unter körperlicher Gewaltanwendung gegen eine Frau in dieser Weise vorgehen. Wir sind sehr neugierig, zu erfahren, ob etwa die Vorgesetzten des Herrn Leutnants zu diesem Vorgehen Auftrag erteilt haben, oder ob sie es deden.

## Die Amnestie in Sachsen.

### Erlaß einer Notverordnung.

Dresden, 27. August. (M. B.) Amlich wird gemeldet: Das Gesamtministerium hat in seiner gestrigen Sitzung im Wege der Notverordnung eine sofort in Kraft tretende Amnestie für politische Straftaten im Umfange des Reichs amnestiegesetz vom 17. d. M. beschlossen. Im übrigen ist aber für die bei sächsischen Gerichten anhängig gemordenen politischen Straftaten auf Grund der Landtagsbeschlüsse vom 12. März und der Landtagsverhandlungen vom 7. Juli bereits in weitgehendstem Maße durch Einzelverfügung Straferlaß gewährt worden. Sachsen hat damit schon vor der Reichsamnestie Maßnahmen vorweggenommen, die in anderen Ländern jetzt im Wege der Gesetzgebung getroffen werden.

Verprovisionierung Londons durch Flugzeuge. Demnächst werden die Londoner Märkte mit Milch, Eiern und frischem Gemüse durch einen regelrechten Flugdienst versorgt werden, und zwar mit Hilfe von Spezialflugzeugen, die besonders große Warenmengen befördern können. Die erste derartige Linie wird die großen Meiereien von Jersey mit der Hauptstadt verbinden. Die Waren kommen dann bereits zwei Stunden nach der Abfindung in London zum Verkauf.

Ein englisches Bauerntheater. Eine eigenartige Theatergesellschaft, deren Leiter der bekannte englische Bühnenkritiker Lord Dunsany ist, hat sich in dem Dorf Shoreham in der Grafschaft Kent gebildet. Die Theatertruppe, die in diesem Sommer verschiedentlich im Park der Besitzung Dunsanys und auch sonst im freien Shale-spears „Sommernachtstraum“ aufgeführt, ist vollständig aus den Dorfbewohnern zusammengesetzt. Lord Dunsany hat mit den Bauern seines Dorfes die Rollen eingeübt, und so wird z. B. der Theeus von dem Schäfer, der Jettel von einem Kutsher, der Puck von einem Schulmädchen gespielt. Auch die Kostüme und Dekorationen sind in dem Dorfe angefertigt, und es herrscht bei allen Mitgliedern des Bauerntheaters große Begeisterung, die an dem Erfolg ihres Spiels einen wesentlichen Anteil hat. Nach dem Sommernachtstraum werden die Bauern ein lustiges, seit mehr als 200 Jahren nicht mehr gespieltes Stück eines anderen Dichters der Elisabethanischen Zeit aufzuführen, nämlich Dekkers Komödie „Der Feiertag des Schülers“.

Fünf Milliarden Mark für Anzeigen. Amerika ist bekanntlich das Land der Reklame, und die alte Welt beginnt erst allmählich, die Formen der Werbung nachzuahmen, die man in den Vereinigten Staaten ausgebildet hat. Unter diesen Mitteln steht die Anzeige nach wie vor an erster Stelle, wird aber in einem Umfang und mit einem Nachdruck verwendet, die bei uns ganz unbekannt sind. Nach den neuesten Berechnungen, die dem Yorker Blätter veröffentlicht, schätzt man die jährliche Anzeigenrechnung der Vereinigten Staaten auf 1 1/2 Milliarden Dollar, also auf mehr als 5 Milliarden Mark.

Gedächtnisfeier für August Stramm. Am Mittwoch, den 2. September, abends 7 1/2 Uhr, beginnt in der Kunstausstellung „Der Sturm“ die Reihe der Sturmabende mit einer Gedächtnisfeier für den lebenden expressionistischen Dichter August Stramm, der am 1. September 1915 in Russland gefallen ist. Regitation seiner Hauptwerke: Rudolf Blümler, Vortrag: Volmar Schreder, Musik: Hermann Walben.

Die Deutschen an der Spitze der Nobelpreisräger. Nach dem Bericht des Nobelskomitees sind in den Jahren 1901—1924 Preise im Gesamtbetrag von 13 866 670 Kronen verteilt worden. Der Nobelsfonds beläuft sich jetzt auf 80 626 897 Kronen. Unter den Nobelpreisrägern steht Deutschland mit 26 Preisen an der Spitze aller Staaten. Frankreich hat 21, England 14, Amerika 9, Schweden 7, Dänemark und Holland je 6, der Schweiz 5, Desterreich, Belgien, Norwegen und Italien je 4, Spanien 3, Polen 2 und Rußland wie Indien je ein Preis in den Jahren 1901—1924 zugefallen.

Bahnübergang in Wiesbaden. Der „Verband Deutscher Bahnärzte“ hält auf Einladung des Reichsrats seinen 13. Verbandstag in der Zeit vom 2. bis 8. September in Wiesbaden ab. Nach den bis jetzt vorliegenden Anmeldeungen kann auf die Teilnahme von über 1000 Vertretern aus allen Teilen Deutschlands gerechnet werden.

## Außenminister Hergt?

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses als Ausleger des Regierungskommentars.

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags, der Abgeordnete Hergt, hat an die Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses ein Schreiben gerichtet, in dem er erklärt, daß er den Auswärtigen Ausschuss nicht einzuberufen gedenke. Dieser Entschluß wird ausführlich begründet. Die Begründung, die Herr Hergt liefert, ist eine deutshationale Auslegung der amtlichen Veröffentlichungen. Man kann aus dieser Begründung die Absicht herauslesen, die weiteren Verhandlungen über den Sicherheitspakt diatorisch zu behandeln. Sie lautet:

Vor dem Auseinandergehen des Reichstages war mir aus dem Auswärtigen Ausschuss von verschiedenen Seiten nahegelegt worden, den Ausschuss sofort zusammenzuberufen, sobald eine grundsätzliche Entscheidung der Regierung zur Sicherheits- und Völkerbundsfrage bevorstehe, zu der rechtzeitig Stellung zu nehmen der Ausschuss verfassungsmäßig berufen sei. Nach der heutigen amtlichen Verlautbarung der Regierung, zu der am 24. d. M. überreichten französischen Note darf festgestellt werden, daß die deutsche Antwortnote wiederum nur den Charakter einer Zwischennote trägt und die deutsche Regierung zunächst noch eine weitere Klärung der grundsätzlichen Fragen für nötig hält, daß die Entsendung des deutschen Sachverständigen zu der Konferenz der Rechtschwerständigen lediglich informativische Bedeutung hat, ohne daß die Instruktion des deutschen Vertreters über die Erörterung der rein juristischen und technischen Seite der Angelegenheit hinausgeht und ohne daß eine Festlegung der die politische Verantwortung tragenden Instanzen bei dieser Konferenz nach irgendwelcher Richtung erfolgen könnte, daß ferner durch den Zusatz „etwaiger“ die Frage künftiger Verhandlungen — offenbar auch ihrer äußeren Form nach — ausdrücklich noch offen gehalten ist und daß endlich in der Sache selbst die deutsche Regierung den von ihr in der Note vom 24. Juli d. J. eingenommenen Standpunkt aufrecht erhält, wie dies durch den allgemeinen Hinweis auf diese Note und wiederholte Einzelhinweise auf ihren Inhalt klar zu ersehen ist. Unter diesen Umständen wird m. E. durch die deutsche Antwortnote grundsätzlich an der bisherigen Sach- und Rechtslage nichts geändert und ich glaube deshalb, zur Zeit auf eine Einberufung des Auswärtigen Ausschusses verzichten zu sollen.

Dieser Brief ist ein Eingriff in die schwebenden Verhandlungen, wie er schlimmer nicht gedacht werden kann. Es steht den Deutschnationalen frei, als Regierungspartei ihre Parciauslegung gegen die Regierungspolitik zu lancieren, man wird sich dann mit dieser Regierungspartei auseinandersetzen. Ein anderes ist es, wenn Herr Hergt als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses sich anmaßt, eine authentische Interpretation der Regierungsaussagen zu geben. Er greift damit nicht nur in die schwebenden Verhandlungen eigenmächtig, ohne Auftrag des Parlamentsausschusses im deutschnationalen Parteiinteresse ein, er verletzt zugleich die Rechte der Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses, die er bevormunden will.

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses ist nicht der Außenminister. Seine Auslegung ist alles andere als authentisch, zumal sie von dem Mann gegeben wird, der am 29. August 1924 anders konnte, als er am 27. August 1924 fächerlich geschworen hatte.

## Die deutsche Empfangsbestätigung überreicht

Paris, 27. August. (W.T.B.) Der deutsche Botschafter v. Hoelsch hat heute abend 6.30 Uhr dem französischen Außenminister Briand die deutsche Antwort auf die kürzliche französische Demarche in Berlin in der Sicherheitsfrage überreicht. Die Antwort, die sehr kurz ist und knapp eine Seite umfaßt, wird am Sonnabend früh in Berlin und Paris zur Veröffentlichung gelangen.

Paris, 27. August (Eigener Drahtbericht). Von französischer unabhängiger Seite wird mitgeteilt, daß die deutsche Note in sehr liebenswürdiger Form gehalten sei und den französischen Vorschlag einer Konferenz juristischer Sachverständiger annehme. Diese Konferenz werde voraussichtlich in den ersten Septembertagen in London beginnen.

## Die Druzen im Vormarsch.

Kritische Lage der Franzosen.

Paris, 27. August. (Eig. Drahtber.). Nach englischen Meldungen ist die Lage in Syrien für die Franzosen sehr kritisch. Die französischen Truppen hätten mehrere Stellungen aufgeben müssen, zwei im Norden von Damaskus, eine dritte bei Esra. Außerdem sei die französische Gendarmerie bei Ghotta, 3 Km. südlich von Damaskus, durch die Angriffe der Druzen gezwungen worden, sich in die Stadt zurückzuziehen. Mit den Druzen hätten sich ehemalige türkische Offiziere sowie die Beduinen vereinigt und versucht, die französischen Verbindungen zu unterbrechen. Die Kämpfe seien sehr heftig gewesen und zahlreiche Franzosen seien verwundet worden, darunter der Kommandant der algerischen Artillerie. Französische Verstärkungen von 5000 Mann sollen bereits in Beirut angekommen und weitere 7000 Mann unterwegs sein.

In Anschluß an einen Ministerrat am Donnerstag vormittag erklärte der Ministerpräsident, daß er keinerlei Nachrichten aus Syrien erhalten habe. Die englischen Meldungen seien übertrieben und einseitig. Es sei sehr wohl möglich, daß sich einige Beduinen in der Hoffnung auf Beute mit den Druzen zusammenschließen hätten, doch könne keine Rede von einem festen Bündnis zwischen Beduinen und Aufständischen sein.

## Kanton im Aufruhr.

Offener Kampf zwischen Fremden und Chinesen.

London, 27. August. (I.L.) Nach einer kurzen Meldung aus Hongkong ist gestern in der Stadt Kanton der offene Kampf zwischen Chinesen und Fremden ausgebrochen. Einzelheiten fehlen noch.

Hindenburg geht nicht zu Ludendorff. Die Nachricht, daß der Reichspräsident dem General Ludendorff einen Besuch abstatten wolle, wird dementiert.

Die parlamentarischen Arbeiten im Preussischen Landtag nehmen nach der Sommerpause am kommenden Montag wieder ihren Anfang mit einer Tagung des Hauptausschusses, der nachmittags um 2 Uhr zusammentritt und dann laufend den Etat erledigen will. Der Ausschuss wird sich zunächst mit dem Etat des Kultusministeriums beschäftigen.

In Schanghai hat etwa ein Viertel der Arbeiter der japanischen Baumwollspinnerei die Arbeit wieder aufgenommen.

Die französisch-russischen Wirtschaftsverhandlungen kommen wieder in Gang. Poincaré und Briand haben deshalb den Sowjetbotschafter Krajin und den Abg. Dabizj empfangen.

# Internationale und Völkerfrieden.

Entschlüsse des Marceller Kongresses.

Marseille, 27. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Kongress der Sozialistischen Internationale hat am Donnerstagabend die Resolution, auf die sich die Westfragen-Kommission nach togefangenen Diskussionen geeinigt hatte, einstimmig angenommen. Sie erklärt einleitend, daß der wirtschaftliche Konkurrenzkampf des Kapitalismus in den einzelnen Ländern eine der Hauptursachen der Kriegsgefahr sei, insbesondere die rivalisierenden kämpfenden Wirtschaftssysteme, die bald durch Privatisierung und ein auf die Spitze getriebenes Schutzsystem, bald durch die Methode des Dumping die Welt balkanisieren und Arbeitslosigkeit, Steigerung der Lebenshaltungskosten, Instabilität der Währung mit allen wirtschaftlichen und finanziellen Krisen zur Folge haben müssen. Einzig und allein der Sozialismus sei in der Lage, diesem chaotischen Zustand ein Ende zu machen. Der zweite Absatz der Resolution präzisiert

die Stellung der Internationale zum Völkerbund.

Er führt u. a. aus, daß gewisse Bestimmungen der Friedensverträge und die ungenügende oder schlechte Lösung einzelner Probleme, besonders der Frage der Minderheiten, eine starke Gefahr für den Frieden bedeuten, da bedauerlicherweise die staatlichen Hoheitsmächte nicht die Einschränkungen erfahren hätten, die die Solidarität der Völker erfordere. Trotzdem habe die in der Internationale vereinigte Arbeiterschaft die Gründung des Völkerbundes gutgeheißen, aber sie sehe sich zu der Erklärung genötigt, daß dieser seine Mission erst dann erfüllen kann, wenn alle Länder mit völlig gleichen Rechten und Pflichten ihm angehören. Aus diesem Grund wünsche die Internationale, daß die Bestimmungen des Artikels 19, die eine Revision der Friedensverträge vorsehen, präzisiert und wirksam gemacht werden. Sie wünsche ferner, daß die wirtschaftliche Organisation des Völkerbundes in einen besonderen Rat für internationale Kollektivwirtschaft umgewandelt wird und daß dazu die gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen der Arbeiter herangezogen werden. Alle Konflikte ohne Ausnahme einschließlich der die Auslegung und Durchführung der Friedensverträge betreffenden, müßten künftighin einem obligatorischen Schiedsverfahren unterworfen und es müßte ausdrücklich festgelegt werden, daß kriegerische Aktionen nur in Abwehr eines Kampfes (wohl Angriffs? Red.) oder auf Grund eines besonderen Beschlusses des Völkerbundes zulässig seien. Ein Staat, der nach der Ablehnung eines Schiedsverfahrens oder einer schiedsgerichtlichen Entscheidung seine Zustucht zum Kriege nehme, sei ohne weiteres als Angreifer zu betrachten. Angeregt wird weiter die Einberufung einer Konferenz durch den Völkerbund zur Durchführung der allgemeinen Abrüstung.

Der dritte Absatz beschäftigt sich mit dem Genfer Protokoll und dem separaten Garantievertrag. Er erinnert an die auf den Kongressen der Organisationen in England, Deutschland, Belgien und Frankreich gefassten Entschlüsse, in denen die augenblicklich zwischen den Mächten bestehenden Schwierigkeiten als Folge der Nichtannahme des Genfer Protokolls erklärt werden.

Das jetzt in Aussicht genommene separate Sicherheitsabkommen sei unvollkommen, denn es enthalte keinerlei Verpflichtung zur allgemeinen Abrüstung.

Die Internationale verlangt, daß dieser Vertrag keinerlei Geheimklausel enthält, daß die darin festgelegten Garantien auf Gegenseitigkeit beruhen, daß er unter Kontrolle des Völkerbundes gestellt wird und keine Spitze gegen eine andere Macht oder eine Mächtegruppe hat. Denn es muß unter allen Umständen vermieden werden, daß dieser Vertrag zur Wiederherstellung eines falschen Gleichgewichts zwischen den Mächten führe, und daß die eine oder andere dieser Mächte aus diesem Vertrage für sich das Recht ableiten könne, eigenmächtig Sanktionen außerhalb der in der Satzung des Völkerbundes vorgesehenen Fälle anzuwenden. Da der von Deutschland vorgeschlagene Pakt in seiner endgültigen Form noch nicht vorliegt, muß die Internationale sich eines Urteils darüber enthalten. Die Resolution schlägt vor, daß sofort nach Veröffentlichung des endgültigen Textes die Parteien der beteiligten Länder zusammen mit dem Exekutivkomitee zu einer Konferenz zusammenzutreten, um darüber zu beraten. Alle gegenwärtigen Schwierigkeiten könnten verhältnismäßig leicht überwunden werden, wenn Deutschland erst Mitglied des Völkerbundes sei, da dann Verstöße gegen den Friedensvertrag, die als feindselige Handlung angesehen werden könnten, nur auf Grund eines gemeinsamen Beschlusses des Völkerbundes konstatiert werden könnten. Auch die von Deutschland und Rußland gegen Artikel 16 geltend gemachten Bedenken würden gegenstandslos werden, sobald beide Mächte dem Völkerbund angehörten.

Die Kommission hat außerdem eine

Resolution zu den Vorgängen in Marokko

angenommen, die auf das Schärfste gegen das Blutvergießen protestiert und von den beteiligten Mächten eine entscheidende Aktion zur Wiederherstellung des Friedens verlangt. Der Friede müsse geschlossen werden auf der Grundlage der Anerkennung der Unabhängigkeit des Rijs und der von Frankreich und Spanien bereits prinzipiell zugesagten Berichtigung der Grenzen, die für die wirtschaftliche Entwicklung des Rijs unbedingt notwendig sei. Der Friede selbst und

## Caillaux' Erfolg in London.

Ab 1930 zahlt Frankreich 12,5 Millionen Pfund jährlich.

London, 27. August. (Eigener Drahtbericht.) Caillaux ist es in London gelungen, die englischen Forderungen auf 12 1/2 Millionen Pfund im Jahr herunterzubringen. Außerdem hat Frankreich ein Teilmoratorium bis 1930 erzielt, damit es seine Schulden bei der Bank von England decken kann. Die englische Presse ist über diese Verständigung zwischen Churchill und Caillaux sehr verstimmt, ein solches Opfer könne England sich heute nicht leisten. „Daily Express“ sagt, Caillaux sei der erfolgreichste Unterhändler der Welt, während Churchill sich äußerst schwach gezeigt habe. Im gleichen Sinne äußert sich auch „Daily Telegraph“. Nur die „Morning Post“ drückt Befriedigung über die Verständigung aus; Caillaux und Churchill seien zu beglückwünschen für das, was sie erreicht hätten.

Caillaux ist Donnerstag früh nach Paris abgereist. Er erklärte auf dem Bahnhof noch Pressevertretern, daß er mit dem Ergebnis seiner Londoner Reise zufrieden sei. Er würde um 7 Uhr abends in Paris erwartet, um 9 Uhr hat er die Ergebnisse dem Kabinettsrat unterbreitet.

Paris, 27. August. (Eigener Drahtbericht.) Wenn es Caillaux auch nicht gelungen ist, ein endgültiges Abkommen über die Rückzahlung der Schulden an England zustandzubringen, so ist er

der neu zu gründende Staat in Nordafrika soll unter die Kontrolle des Völkerbundes gestellt werden.

Marseille, 27. August. (Eigener Drahtbericht.) Der zweite Kongress der sozialistischen Internationale hat am Donnerstag in vorgeführter Abendstunde einen Abschluß gefunden, der alles in allem vielleicht nicht alle Delegationen befriedigt und doch in seinen Entschlüssen zu den großen weltpolitischen Problemen den einigen Willen und ein festes Ziel erkennen läßt. Besonders der letzte Tag mit seinen Beratungen über die West- und Ostprobleme gab ein leuchtendes Beispiel der Stärke der erst vor wenigen Jahren wiedererstandenen Arbeiterinternationale und vom dem in ihr herrschenden Willen, trotz aller Meinungsverschiedenheiten über die Methoden politischer Handlungsweise doch ein Endergebnis im Auge zu halten. Ganz besonders schwierig gestalteten sich die Verhandlungen der Kommission, die das Ostproblem mit der russischen Frage behandelte. Aber auch hier konnte schließlich eine Einigung erzielt werden. Ihr Ergebnis ist in einer Entschlüsselung niedergelegt, die zunächst auf die drohenden Kriegsgefahren in Osteuropa hinweist. Gedacht ist hier u. a. an die nationalistischen, revolutionären Bewegungen in China und Indien und den mohammedanischen Ländern, deren Regierungen zu einer aggressiven Politik gegen die Union der Sowjetrepubliken drängen (?). Diese wiederum nähert die Illusion, daß die Befreiung der Arbeiter durch Bajonette siegreicher roter Armeen erlangen werden könne und daß es eines neuen Weltkrieges bedürfe, um die Weltrevolution herbeizuführen. Die Entschlüsselung stellt fest, daß

die Internationale rückhaltlos für das Recht der neuentstandenen Staaten auf freie, unabhängige Existenz

eintritt. Sie erklärt mit großem Nachdruck, als Pflicht aller sozialistischen Parteien, jede gegen die Sowjetunion gerichtete aggressive Politik zu bekämpfen und die Herstellung friedlicher politischer Beziehungen mit der Sowjetunion zu fördern. Gleichzeitig verlangt der Internationale der Kongress die Herstellung voller politischer und gewerkschaftlicher Freiheit in der Sowjetunion und fordert das russische Volk auf, sich ebenfalls jeder aggressiven und annexionspolitischen Politik der Sowjets sowie jeder Propaganda zu widersetzen, die auf gewaltsame Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Völker abzielt. Ferner erklärt die Internationale, daß sie mit großem Nachdruck die Bestrebungen der sozialistischen Parteien der Sowjetföderation nach Demokratisierung des Regimes der Sowjetunion und Herstellung der politischen Freiheit fördere.

Für die arbeitenden Volksmassen der chinesischen, indischen und mohammedanischen Welt sollen alle sozialistischen Parteien immer wieder das Selbstbestimmungsrecht gegenüber den imperialistischen Mächten fordern. Im übrigen versichert die Internationale den chinesischen Arbeitern ihre volle Solidarität und fordert insbesondere für China die Aufhebung des fremden Druckes, die Beseitigung des Systems der Konzessionen und die sofortige Einführung moderner Arbeitererschutzgesetze. Endlich wird

das Selbstbestimmungsrecht für alle Minderheiten gefordert

und auf das Schärfste die in verschiedenen Ländern, insbesondere in Bulgarien, wütende Gewalt und Terrorherrschaft verurteilt.

Mit der Annahme auch dieser Entschlüsselung durch die Kommission war der zufriedenstellende Verlauf des letzten Verhandlungstages gesichert. Er brachte am Vormittag ein kurzes Referat Friedrich Adlers über Änderung der Satzungen und organisatorische Fragen. In der Diskussion machte Grumbach, Paris, Vorschläge für eine bessere Verbindung zwischen den einzelnen sozialistischen Parteien und Parlamentariergruppen wie für das Pressewesen. Jede Partei soll ein besonderes internationales Sekretariat einrichten und die einzelnen Delegationen nach dem Muster der deutschen Partei sich Pressebüros schaffen. Die vorgeschlagenen Satzungsänderungen werden einstimmig angenommen. Sie besagen, daß der Kongress mindestens alle drei Jahre tagen soll und auf Beschluß der Exekutive jederzeit einberufen werden kann. Vorkünftig ist die nächste internationale Tagung ohne feste Bestimmung des Tagungsortes für 1927 vorgezogen.

Am Nachmittag berichtete Wibaut, Holland über das oben gemeldete Beratungsergebnis der Westfragen-Kommission.

Auch die englische Delegation schließt sich dieser Lösung unter grundsätzlicher Wahrung ihres Standpunktes zum Genfer Protokoll an. Henderson betonte das ausdrücklich und sprach seine Genugtuung über die erzielte Einigung aus.

Ihm dankte Breitscheid, indem er vor allem darauf hinwies, daß es Pflicht aller Delegationen sei, heute nicht mehr zu sagen und zu fordern, als was sie morgen durchführen und beantworten können. Er zog einen Trennungstich zwischen den im Rahmen der praktischen Politik bestehenden Möglichkeiten und jener Politik, die nur auf Prinzipien beruht, ohne die auch im kapitalistischen Staat vorhandenen Wege zur schrittweisen Durchführung unserer Ziele ausnutzen. Breitscheid fand den spontanen Beifall der französischen wie der deutschen Delegation, als er hier den Schotten Dollan daran erinnerte, daß den deutschen Sozialdemokraten nichts lieber wäre, als eine Annullierung der Friedensverträge von heute auf morgen. Aber was bedeutet, so fragte Breitscheid, diese Forderung mit Rücksicht auf die tatsächlichen Verhältnisse? Leider bleibt ihm Dollan die Antwort schuldig.

doch mit Churchill zu einer Einigung über gewisse Grundsätze für die endgültige Regelung gelangt. Aus einem gemeinsamen englisch-französischen amtlichen Bericht geht hervor, daß England keine ursprüngliche Forderung von 20 Millionen Pfund auf 12,5 Millionen jährlicher Zahlungen herabgesetzt hat. Diese Jahreszahlungen hat Frankreich England durch 62 Jahre zu leisten. Auch ein teilweises Moratorium bis zum Jahre 1930 sei Frankreich zugesprochen. Der Betrag von 12,5 Millionen Pfund müsse jedoch von Frankreich selbständig aufgebracht werden; der Gedanke, einen Teil der französischen Schuld an England durch Ueberweisung der französischen Einnahmen aus dem Dawes-Plan zu tilgen, ist also fallengelassen worden. Um auf andere Weise die französischen Zahlungen mit den Einnahmen aus dem Dawes-Plan in Verbindung zu bringen, hat Caillaux gefordert, daß Frankreich unter keinen Umständen an seine Alliierten mehr zu zahlen haben soll, als es von Deutschland empfangt. Darauf ist aber England nicht eingegangen. Dagegen scheint England geneigt zu sein, dem Verlangen Frankreichs zuzustimmen, eine Unterbrechung der Zahlungen für den Fall des Sinkens der französischen Währung eintreten zu lassen. England hat allerdings kein Zugeständnis an die Bedingung getnüpft, daß Frankreich sich Amerika gegenüber nicht entgegenkommender zeige. Mit anderen Worten: da die französische Schuld an Amerika um etwa 50 Prozent größer ist als die an England, wird England nur in dem Fall eine Jahreszahlung von 12,5 Millionen Pfund zugestehen, daß Frankreich an die Vereinigten Staaten nicht mehr als 19 Millionen Pfund zu zahlen hat.

# Gewerkschaftsbewegung

## Die neue Mauer.

In der Zeit, da die Bauarbeiter streikten, ist im Regierungs- und Unternehmertum gebaut worden. Eine Art chinesischer Mauer sperrte die Einfuhr billiger Lebensmittel ab und das Schlußstück dieser Mauer soll der Arbeitnehmerschaft den Weg versperren, ihre Löhne den gestiegenen Lebensmittelpreisen anzupassen. Dafür verheißt uns Regierung und Unternehmer einen Preisabbau.

Sollte es wirklich zu einem Preisabbau kommen, woran wir nach allen bisherigen Erfahrungen mit allen ähnlichen Aktionen zweifeln müssen, dann ist er derart, daß die Arbeitnehmer als Konsumenten herzlich wenig davon gewahren. Bis jetzt haben wir lediglich mit der Tatsache zu rechnen, daß die Interessenten sich mit ihren Preisen auf einen gewissen Abbau einrichten, d. h. ihre Preise weiter erhöhen, um sie hinterher, wenn es durchaus nicht anders geht, um einen Teil der erneuten Steigerung herabzusetzen. Dieses erprobte Spiel ist auch insofern gefährlich für die Arbeitnehmer, als der etwa erfolgende sogenannte Preisabbau, um dessen Vorteile die Konsumenten schon von vornherein betrogen sind, als Deckmantel benötigt wird zu Lohnkürzungen.

Tatsache ist, daß die vor Monaten vereinbarten Löhne heute nicht mehr ausreichen, um die damals dafür zu habenden Lebensmittel zu erwerben. Kann die Regierung, kann das Unternehmertum irgendeine Garantie dafür geben, daß ein Mahanzug zum Beispiel, der vor dem Kriege um 55 bis 65 Mark zu haben war und jetzt mindestens das Doppelte kostet, nach Durchführung der Preisabbauaktion, trotz des Zollmachers billiger zu haben sein wird und nicht noch wesentlich teurer werden wird als heute? Wenn wir von Lebensmittelpreisen sprechen, so sind darunter die Preise für sämtliche Lebensbedürfnisse zu verstehen, wozu natürlich auch Wäsche, Bekleidung, kurzum all das gehört, was zur normalen Lebenshaltung der Arbeitnehmerschaft notwendig ist.

Der Preisabbau ist keine Tatsache, Tatsache ist die Preissteigerung, mit der der einzelne Arbeitnehmerhaushalt zu rechnen hat. Und diese Tatsache zwingt die von der Hand in dem Mund lebenden Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten, gegen die entfallende Verkümmern ihrer Lebenshaltung, in der das Fleisch zum Beispiel mehr und mehr verschwunden ist, sich zu wehren, einen Ausgleich zu fordern. Angenommen, das Unternehmertum hätte wirklich nicht die Absicht, den Reallohn herabzudrücken, es glaubte an den Erfolg der Preisabbauaktion und setzte sich dafür ein. Was läge dann näher, zunächst eine Einigung über die Lohnforderungen herbeizuführen, einer Lohnerrhöhung mit dem Vorbehalt zuzustimmen, daß sobald der Lebenshaltungsindeks um eine gewisse Punktzahl gesunken ist, eine entsprechende Lohnkürzung folgt. Dieser Vorbehalt, die sogenannte Sicherungsklausel, ist in verschiedenen Lohnabkommen festgelegt. Das Unternehmertum aber hat der Zollmauer, das Paradestück des Preisabbaues eingefügt, um sich gegen einen Ausgleich zwischen den alten Löhnen und den neuen Preisen dahinter zu verschließen. Wenn dieselben Kreise, die den Zollplänen zur Durchführung verholfen haben, uns mit der Verheißung eines Preisabbaues abspinnen wollen, dann müssen wir schon fragen, zu welchem Zweck denn eigentlich die Zollaktion unternommen wurde. Ihre Auswirkungen treffen doch nur die Masse der kleinen Verbraucher. Ohne Rücksicht darauf wurde sie beschlossen und nun sollen wir erwarten, daß wir durch einen Preisabbau davon geschützt werden, von denselben Interessententreiben, die die Vorteile der neuen Zölle für sich einziehen wollen. Die deutsche Arbeitnehmerschaft hat während der Inflationszeit zweifel Erfahrungen erkaufen müssen, als daß sie sich den Luxus solchen Köhlerglaubens leisten könnte.

Die neue Mauer, hinter der sich das gesamte Unternehmertum mit dem ganzen ihm verfügbaren Apparat in der Regierung und in der Presse gegen die notwendigen Lohnforderungen der Arbeitnehmer verschrenkt, ist recht leicht aufgebaut, doch die Verteidigung ist hart. Die Arbeitnehmerschaft kann der Einladung nicht folgen, sich mit dahinter zu stellen. Sie würde derart ins Gedränge, daß ihr kein Ausweg mehr bliebe. Sie muß die Mauer betreten, ihren notgedrungenen Forderungen Geltung verschaffen.

Sie selber muß die Stärkung der Kaufkraft ihrer Löhne herbeiführen, die das Unternehmertum in seinem Rechtfertigungsversuch verheißt. Die Steigerung und Verbildung der Produktion können sich die Unternehmer nur vorstellen durch Verlängerung der Arbeitszeit und Herabsetzung der Löhne. So wollen die Unternehmer eine Stärkung der Kaufkraft herbeiführen. Die Rolle des Ratgebers der Arbeitnehmerschaft sollte das Unternehmertum nicht spielen wollen, nachdem es in seiner wirklichen Rolle seit Jahrzehnten bekannt ist und sich erst jetzt wieder so deutlich darin zeigt. Das Versteckspiel ist mißlungen, die durchsichtige Schutzmauer muß niedergelegt werden.

## Auch die Reichspost verweigert Lohnzulagen.

### Heute Fortsetzung der Verhandlungen.

Die Lohnverhandlungen zwischen den Postarbeiter-Organisationen und der Reichspostverwaltung haben am Donnerstag noch zu keinem Resultat geführt. Die Verwaltung weigerte sich bis jetzt, irgendwelche Zugeständnisse zu machen und kam schließlich mit dem Verschleppungsvorschlag, in acht bis zehn Tagen weiter zu verhandeln. Demgegenüber bestanden die Vertreter der Organisationen auf einer raschen und klaren Entscheidung; sie forderten, daß die Reichspostverwaltung angesichts der Teuerung sofort positive Zusagen machen müsse. Die Verhandlungen wurden schließlich in später Stunde ohne Resultat abgebrochen und auf Freitag vormittag vertagt.

Also auch bei der Reichspost ein verabredeter, planmäßiger Widerstand gegen jede Lohnerrhöhung.

## Die Lohnbewegung bei der Reichsbahn.

### Die Verhandlungen gescheitert.

Der Lohnkampf der Reichsbahnarbeiter kam am gestrigen Donnerstag vormittag ebenfalls vor dem Reichsarbeitsministerium zum Austrag. Die Eisenbahner haben eine Aufbesserung der Löhne um 12 Pfennige für die Stunde gefordert, um dadurch die Steigerung der Lebenshaltungskosten abzugelten. Da die Vorgesprächen zu keinem Resultat geführt hatten, trat unter Vorsitz von Dr. Zietzen der Schlichtungsausschuß zusammen. Die Vertreter der Reichsbahn hatten eine allgemeine Lohnerrhöhung abgelehnt mit der Begründung, daß die Reichsbahnverwaltung nicht über die dafür erforderlichen Mittel verfüge, und daß eine Lohnerrhöhung für die Reichsbahnarbeiter eine Tarifierhöhung zur Folge haben müsse. Außerdem sei, obwohl die eingetretene Teuerung nicht geleugnet werden könne, der Reichsbahndirektion die Notwendigkeit für die Lohnerrhöhung in dem geforderten Ausmaße nicht ersichtlich. Von den Vertretern der Eisenbahner-Gewerkschaften wird demgegenüber ausgeführt, daß die Reichsbahndirektion dazu die Mittel habe, was schon daraus hervorgehe, daß sie die gar nicht gewünschte Leistungszulage gäbe. Die Gewerkschaftsvertreter bestritten die Berechnungen der Reichsbahnverwaltung und widerlegten die Behauptung, die Reichsbahn habe 50 Millionen M. monatlich für Reparationszahlungen aufzubringen. Von den Gewerkschaftsvertretern wurde betont, daß die Reichsbahn in dem laufenden Geschäftsjahr in der Zeit vom 1. Oktober 1924 bis 30. September 1925 insgesamt nur 400 Millionen M. Reparationsbeträge zu zahlen habe, was eine Monatsrate von 27 bis 28 Millionen M. ausmache. Außerdem wurde noch darauf hingewiesen, daß die Einnahmen der Reichsbahn sowohl im Personen-, als auch Güterverkehr recht gut seien, wenn auch anerkannt würde, daß der Verkehr zu Anfang und Mitte des Jahres stets etwas nachlasse. Die Vertreter der Reichsbahndirektion verharteten jedoch auf ihrem ablehnenden Standpunkt bezüglich einer allgemeinen Lohnerrhöhung und schlugen ihrerseits nur eine Milderung der Ortslohnzulagen für die Minderheit des Personals vor, womit sich jedoch die Vertreter der Eisenbahnergewerkschaften nicht zufriedengaben. Der Schlichtungsausschuß trat darauf zusammen, um einen Schiedspruch zu fällen.

In der 11. Stunde wurden die Verhandlungen wegen der Lohnerrhöhung der Eisenbahner dadurch zu einem jähen Abschluß gebracht, daß nach stürmischen Auseinandersetzungen die Arbeitnehmerbeisitzer des Schiedsgerichts unter Protest den Saal verließen, da sie sich mit der Verhandlungsführung durch den Vorsitzenden, Oberbürgermeister a. D. Dr. Zietzen, nicht einverstanden erklären konnten. Wie verlautet, sahen sie in der Verhandlungsführung eine Bevorzugung der Arbeitgebervertreter. Wie wir hören, werden sich die Gewerkschaften weitere Schritte vorbehalten. Der Rest des Schiedsgerichts beriet dann noch über die Frage, ob man eventuell trotz der Abwesenheit der Arbeitnehmervertreter einen Schiedspruch fällen könnte.

Dr. Zietzen ist der frühere freikonservative Abgeordnete im ehemaligen Dreiklassenhaus.

## Keine Gehaltserhöhung im Bankgewerbe.

### Nach dem Schiedspruch nicht vor November.

Im Reichsarbeitsministerium wurde am Donnerstag am Schluß der Verhandlungen zur Beilegung des Lohnkonflikts im Bankgewerbe folgender Schiedspruch gefällt:

„Die zurzeit geltende Gehaltsregelung bleibt bis zum 31. Oktober 1925 in Kraft. Die Parteien treten am 15. Oktober 1925 zu Verhandlungen über eine weitere Regelung der Gehälter zusammen. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 7. September 1925.“

Dieser Schiedspruch stellt eine geradezu unglaubliche Herausforderung an die Bankangestellten dar. Man sieht hier ganz deutlich, daß das Reichsarbeitsministerium vom Kabinett instruiert worden ist, jede Lohnerrhöhung zu unterbinden. Nachdem Schwerindustrie und Großgärtner ihre Zölle in der Tasche haben, soll die Zoll- und Steuergehe gewaltsam herangezogene Lohnbewegung ebenso gewaltsam abgewürgt werden. Mit Hungerlöhnen wollen Reichsregierung und Unternehmertum die Teuerungswelle abdammen, obwohl jedes Kind weiß, daß dieser Versuch mißlingen muß und die den Arbeitnehmern brutal zugemuteten Opfer umsonst und zwecklos sind. Sogar die Vertreter des Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbandes haben bei den Verhandlungen deutlich zu verstehen gegeben, daß sie das Gerede über den Preisabbau für Schwindel halten. Unternehmer und Reichsarbeitsministerium scheinen übrigens völlig vergessen zu haben, daß es sich bei den jetzigen Lohnbewegungen doch nicht um eine Art Vorbeugung gegen die zu erwartenden Teuerungswellen handelt, sondern um einen Ausgleich der bereits bestehenden Differenz zwischen Preisen und Realeinkommen. Das Realeinkommen ist doch durch die Teuerung der letzten Wochen bereits um 25 Prozent gesunken. Unter diesen Umständen ist es nur eine Selbstverständlichkeit, wenn die Bankangestellten diesen unglaublichen Schiedspruch ablehnen.

## Die „Vorsicht“ der Bauunternehmer.

Weimar, 27. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Thüringen hat Richtlinien für die bevorstehende Aussperrung der Bauarbeiter herausgegeben, nach denen die Belegschaften am Sonnabend, den 29. August, zu entlassen sind, nachdem ihnen am Freitag von der Aussperrung Mitteilung gemacht worden ist. In den Richtlinien heißt es, daß die ausgesperrten Arbeiter sofort namentlich dem Ortsverbandvorsitzenden zu melden sind, der die Liste dem zuständigen öffentlichen Arbeitsnachweis einreicht, damit keine Unterstützung an die ausgesperrten Arbeiter gezahlt werde.

## Die „einheitliche Linie“.

### Keine Lohnerrhöhung im Bergbau Oberbayerns.

München, 27. August. (Eigener Drahtbericht.) Für den oberbayerischen Kohlenbergbau fanden am Donnerstag vor dem Landes- schlichter Verhandlungen über die Forderung der Gewerkschaften auf eine Lohnerrhöhung von 25 Proz. statt. Der Schiedspruch

ging jedoch dahin, daß „mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage im oberbayerischen Kohlenbergbau“ von einer Lohnerrhöhung abgesehen wird und daß im September die bisherige Lohnregelung in Geltung bleibt. Für Ende September sind neue Verhandlungen vorgesehen.

## Abbau — aber nicht der Preise.

Aöln, 27. August. (Eigener Drahtbericht.) Auf der Grube „Concordia-Rord“ im Kreise Enckirchen wurden 60 Arbeiter gekündigt. Ebenso erhielten auf Grube „Hubertus“ 75 Arbeiter ihre Kündigung. Diese Massenkündigungen haben begreiflicherweise in der Bevölkerung große Besorgnisse hervorgerufen. Scheint doch das Vorgehen der Unternehmer umso unverständlicher, wenn man bedenkt, daß die Braunkohlengruben einen geradezu hervorragenden Absatz zu verzeichnen haben.

## Zur Lohnbewegung in den Zeiß-Werken.

Weimar, 27. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Urabstimmung in den Zeiß-Werken und bei der Firma Schott u. Co. in Jena hatte folgendes Ergebnis: Für den Streik stimmten bei Zeiß 77 Proz. der Organisierten und 60 Proz. der Unorganisierten. Bei Schott stimmten 60 Proz. der Organisierten und 51 Proz. der Unorganisierten für den Streik. Eine Gewerkschaftsversammlung am Montag wird über den Abschluß der Bewegung beschließen.

## Der Metallarbeiterstreik in Belgien beendet.

Brüssel, 27. August. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem Dreiviertel der streikenden Metallarbeiter Belgiens den vom Vorstand des Metallarbeiterverbandes ausgearbeiteten Vorschlag zur Beilegung des Konflikts gebilligt hatten, wurde dieser Vorschlag am Donnerstag vormittag durch Vermittlung des Arbeitsministers offiziell an die Unternehmer der Metallindustrie weitergeleitet. Die Unternehmer haben diesen Vorschlag angenommen, so daß die Arbeit überall am Montag, den 31. August, wieder aufgenommen wird und ein wochenlang streik größtenteils ausgemacht sein Ende findet. Dieser Ausgang des Kampfes bedeutet einen schönen Sieg für die 60 000 Metallarbeiter, die ihren Lohn zu behaupten, die beachtliche Lohnkürzung der Unternehmer zu vereiteln bemüht haben. Dieses Ergebnis wird ohne Zweifel eine günstige Rückwirkung ausüben auf den Streik der Hüttenindustrie, an dem noch 15 000 Arbeiter beteiligt sind.

## Zum Streik der Bankangestellten in Frankreich.

Paris, 27. August. Der Arbeitsminister Laval hat heute vormittag das Streikkomitee der Bankbeamten empfangen und bekanntgegeben, daß die Bedingungen, die er bisher bei den Bankdirektoren durchgesetzt habe, von einer raschen Lösung des Konflikts abhängig seien, jede Verzögerung der Entscheidung schließe die Gefahr in sich, alles wieder in Frage zu stellen. Die Regierung appelliere an beide Parteien dringend, eine rasche Verständigung herbeizuführen, die sowohl vom nationalen Standpunkt wie auch vom Standpunkte der beiden Parteien so nötig sei.

## Die Gewerkschaften in der Schweiz.

Der schweizerische Gewerkschaftsbund veröffentlicht seinen Bericht für das Jahr 1924. Nach dem Bericht verminderte sich die Zahl der dem Gewerkschaftsbund angeschlossenen Organisationen von 19 im Jahre 1923 auf 18 im Jahre 1924. Die Zahl der Mitglieder blieb mit 151 502 fast unverändert gegenüber 151 401 im Jahre 1923.

Interessant ist auch die Verteilung der einzelnen Gewerkschaftsmitglieder auf die verschiedenen Kantone. An erster Stelle steht Bern mit 34 597, dann folgen die anderen Kantone: Zürich mit 30 270, Basel-Stadt 14 263, Neuchâtel 11 823, Morgau 8736, St. Gallen 8132, Luzern 6961, Solothurn 6009, Tessin 4584, Gené 4553, Thurgau 4422, Appenzel 3497, Graubünden 2181, Schaffhausen 2066, Basel-Land 1146, Valais 1207, Freiburg 1054, Uri 608, Zug 565, Glarus 555, Schwyz 476, Nidwalden 46.

Die Einnahmen der Gewerkschaften beliefen sich auf 8 078 630 Frank gegen 8 330 528 im Jahre 1923. Die Ausgaben betrugen 6 858 943 gegen 6 777 346 im Jahre 1923. Das Vermögen des Gewerkschaftsbundes stieg von 9 898 185 auf 12 257 275 Frank. An Unterstützung für Streikende wurden 844 325 Frank ausgezahlt.

Deutscher Sozialarbeiterverband, Vermittlungsbüro Berlin. Verammlung der Funktionäre der Kammerindustrie Freitag, 28. August, nachmittags 3 Uhr. Arbeitslosenrat, Hungerstr. 30. Erscheinen dringend erforderlich.

Die Ortsverwaltung.  
Jenischer Verband der Maschinenbau- und Feiler sowie Berufsgenossen Deutschlands, Geschäftsbüro Berlin. Montag, Sonnabend, nachmittags 10 Uhr, im Saal des Gewerkschaftsbundes, Engelstr. 24/25. Verammlung aller im Streik befindlichen Baumeister, Feiler und Maschinisten. Bericht über den Stand des Streiks im Baugewerbe. Jeder Kollege hat die Pflicht, pünktlich zu erscheinen. Mitgliedsbuch oder Karte legitimiert.  
Die Ortsverwaltung.

Verantwortlich für Vollst.: Ernst Meuter; Wirtschaft: Fritz Gatermann; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Gatermann; Funktionäre: Dr. John Schittowski; Soziales und Sonstiges: Fritz Herthold; Auswärtige: Th. Glöde; sämtlich in Berlin. Verlage: Bornhardt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhardt-Verlagdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68 Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

## Die echten holländischen

# POLAK PUFFINGE

In heißen Sommerstunden  
Wird Polak's Puffing munden.

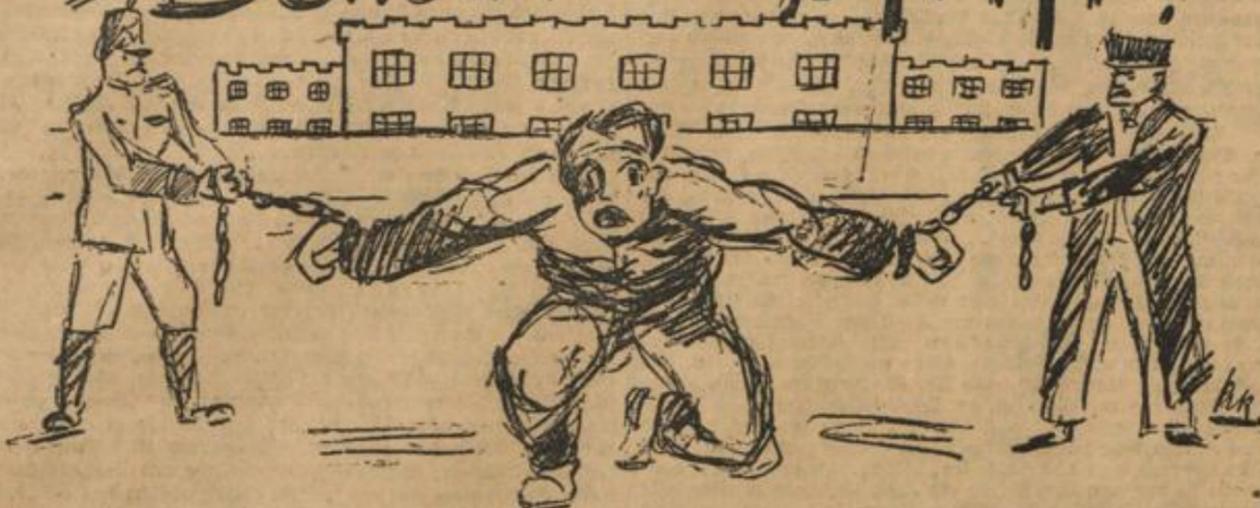


## DER ELEGANTE SCHUH



# SALAMANDER

## Bewährungsfrist!



Gesetze können selbst dann, wenn sie ihren Opfern etwas Menschliches gewähren wollen, neue Qual heraufbeschwören. „Böhtat wird Plage“ — sagt der Dichter, der zugleich ein Jurist war, und hätte er in schäferen Tagen gelebt und gewirkt, wo in Sekunden Ruf vom Schalten und Walten der Justiz aller Zonen und Länder um den Erdball fliegt — nein, dann hätte er auch kein stärkeres Wort finden können als das berühmte:

„Bernunft wird Unsinn, Böhtat Plage,  
Weh dir, daß du ein Enkel bist.  
Vom Rechte, das mit uns geboren ist,  
Von dem ist leider nie die Frage.“

Bernunft als Unsinn haben wir in den letzten Zeiten, da die Menschen zu entdecken schienen, was eine Unterdrückungshaft ist, und sich scheu mit ihrem Wesen zu beschäftigen begannen, in zentnerweise lastendem und belastendem Material kennen gelernt — wenden wir uns heute der „Plage Böhtat“ zu, die im Schlagwort Bewährungsfrist zu fassen und greifbar vorzuführen ist.

### Was ist Bewährungsfrist?

Wenn einer den größten Teil seiner Strafe abgesehen und „sich gut geführt“ hat, kann er sie bekommen, ebenso wenn er verurteilt ist und mildernde Umstände oder der Charakter des Verurteilten den Strafvollzug als unerdient hart erscheinen lassen. In diesem letzten Falle sehen wir einen der seltenen Lichtblicke unserer Justizpflege, im ersten aber, wo Bewährungsfrist an Stelle von Begnadigung tritt, eine gefährliche Erscheinung von nicht wägbarer Tragweite. Zum Beispiel: ein Mann hat zwei Jahre gefesselt, das dritte soll ihm bedingt erlassen werden. Ein Jahr noch — und der Gefangene wäre frei, und niemand hätte mehr das Recht, seinen Lebenskreis zu trüben oder zu stören. Nun kommt die „Böhtat“: das eine Jahr wird erlassen, die Zeit der Möglichkeit und Zulässigkeit des Strafvollzuges aber wird um eine Reihe von Jahren erweitert! Während drei oder fünf Jahren darf das Opfer der Böhtat sich nichts zuschulden kommen lassen, sonst muß es zu einer neuen auch noch die ganze alte Strafe abtun. Das ist „Bewährungsfrist“, aber der eine Uebelstand der Zeitveraufsetzung ist nur ein Glied in einer wahren Kette von Plagen, deren behutsames und ängstliches Tragen manchmal und sogar sehr oft auf die Seele des zu Bewährungsfrist Verurteilten geradezu verheerend wirkt. Jeder Aufenthaltswechsel muß sofort der zuständigen Staatsanwaltschaft mitgeteilt werden. Diese setzt sich wieder mit der Polizei des neuen Aufenthaltsortes in Verbindung, — und das Spiel kann beginnen.

### Der unheimliche Mieter.

„Es hat Jemand nach Ihnen gefragt, spricht die gestern noch so freundliche Hausfrau in seltsam trockenem Ton zum neuen Mieter. „Er wollte wissen, wann Sie nach Hause kommen, ob Sie die Nächte über manchmal wegbleiben — es ist mir recht unangenehm.“ Der Mieter wird bleich, er weiß was los ist. Man wird wieder kommen, und an der Arbeitsstelle wird man es ebenso machen. Und richtig: eines Tages bittet die Witwe (es ist gerade kein richtiges Bitten) den Gast, sich nach einer anderen Wohnung umzusehen, denn die Schereereien mit der Polizei seien zu unangenehm — und außerdem könne man sich denken, daß es peinlich sei, einen Fremden im Hause zu haben, von dem man nicht weiß, was mit ihm los sei. So drückt man sich mit Worten herum, aber es ist mehr als deutlich. Verbrecher! Und ein armer Teufel, den man eben mit Freiheit „beglückt“, beginnt diese zu verfluchen. Bewährungsfrist, ein



Eine alltägliche Szene: Die Bitte um Bewährungsfrist.

Gnadenakt, ist kaum etwas anderes als Stellung unter Polizeiaufsicht, und wenn man bedenkt, daß meist franke, seelisch zusammengebrochene Häftlinge damit bedacht werden, so kann man die unheilvollen Folgen einigermaßen ermessen.

### Das Verkommen.

Wer längere Zeit, vielleicht Jahre über der Freiheit beraubt, das heißt ohne jede Selbständigkeit des Willens und des Handelns war, ausgenommen die erzwungene Arbeitsleistung im Dienste wahren Freiheitskämpfers, der kann sich nicht plötzlich und unvermittelt im Glanz der Freiheit zurechtfinden. Was aber soll nun gar ein Beurlobter des Gefängnisses machen, ein Freiheitsberechtigter auf Widerruf? Bei allem, was er unternimmt, Zukunfts Hoffen, mühselig Schritt für Schritt an Wirklichkeit klammernd, spottet der Gedanke, daß alles doch umsonst sei, daß jeder Tag wieder mit Kerkerklüffeln klappen könne — und das lähmt die einen, und die anderen jagt es ins Gefängnis zurück, wozu man aber erst durch eine ungesellschafliche Handlung den Befähigungsnachweis erbringen muß. Aber von Herzen der Freiheit froh ist wohl noch kein Einziger geworden, der mit der Fußkette „Bewährungsfrist“ in die Wüste des Sorgens und Verachtetwerdens gejagt wurde. Wehe dem jungen Menschen und jedem, der nicht als verlorener Sohn die Verzeihung und die helfende Güte eines Vaters finden kann und unter fremden Menschen Freiheit suchen muß! Unter „ehrbaren“ Menschen zu wohnen, vorwehrt dem Bewährungslandkandidaten die fleißige Nachtrage der Polizei. Ob er will oder nicht, er gerät in das große Heer derer, die keinen festen Wohnsitz, keine Dauerwohnung, weder Heimat noch Heim haben und die man nach Belieben wie Tiere im Käfig im Gefangenenwagen nach dem Polizeipräsidium schaffen kann. Er gehört zu denen, die jeder Polizist geringschäßig behandeln oder selbst schlagen darf. Er ist Gefährte der Ausgestoßenen, die man mit Fußtritt und Flüchen in die Zelle jagt, wenn einer nicht schnell genug zu gehen scheint, ist beigeleitet den Rudeln Bild, auf die man Treib- und Hehjadgen veranstaltet. So eingeschleppt und behandelt sollen sich armseligste Wesen „bewähren“, sollen sich selbst zu nützlichen Gliedern der Gesellschaft erziehen — man glaubt, daß noch Gutes in ihnen lebt, nachdem man es jahrelang in dumpfer Zelle erstickt ließ, gibt sie frei, und sieht doch nur das Delikt an ihnen. Armer Kerl, dem die Gasse überläuft, wenn Menschen ihn schlimmer als einen Hund behandeln — wie rasch sind die drei Monate beisammen, die er braucht, um auch den Rest seiner alten Strafe abtun zu müssen, nein, zu — dürfen, denn diesem Verenden auf der Straße ist ein Scheinleben hinter Gittern immer noch vorzuziehen. Das Verachtetwerden bildet oft den Verbrecher aus Troh heran, denn es ist feilsch leichter zu tragen, ein Verbrecher zu sein als im Krüger nach Läuterung und Reinheit doch nur als Entarteter, als Schädling, als ein Tier unter Menschen zu gelten.

### Staatliche Reform.

Wohl stehen wir heute am Anfang eines Kampfes gegen die Unmöglichkeiten des Strafvollzuges, aber weil das Gebiet zu gewaltig ist und in seiner Unüberschaubarkeit keine Punkte zu erfolgreichem Angriff auf das Ganze erkennen läßt, so müssen alle Kreise, die als kämpfende Helfer in Betracht kommen, jede Gelegenheit wahrnehmen und ergreifen, um gefährdeten Volksangehörigen beizuhelfen und Unheil im Keim zu ersticken. Im Falle der Bewährungsfrist ist dies nicht allzuschwer, denn hier kann und muß der Staat selbst ändern, ohne das man von einer Umwälzung sprechen könnte. Bewährungsfrist Gefangenen zu geben, die schon eine lange Strafe hinter sich haben, ist widersinnig. Hier kommt nur Begnadigung in Betracht, es kann auch bedingte Begnadigung sein — aber auch diese dürfte niemals den zeitlichen Kreis der Vollstreckungsmöglichkeit über die Strafdauer selbst verlängern. Ein politischer Gefangener, um nur ein Beispiel zu nennen, wurde Anfang 1919 verurteilt, nach drei Jahren, also Beginn 1922 nach „Verbüßung“ der Hälfte der Strafe mit Bewährungsfrist entlassen, und diese läuft bis 1927, während die Strafe selbst beim Abtun zwei Jahre vorher erledigt gewesen wäre. Zwei Jahre dauert das seelische Martyrium länger. Würde also ein unglücklicher Zufall noch kurz vor Lorenzschluß — 1927 die Strafvollstreckung einreten lassen, so hätten wir bei einer Strafe von sechs Jahren einen einjährigen Spielraum — etwas reichlich, aber auch reich genug, um den heutigen Anflug der Bewährungsfrist zu beleuchten.

Gelingt es uns, durch Wort und Tat, durch Aufklärung und Hilfe Angehörige des Volkes vor den Toren der Kerker zu bewahren und die Zahl der Gefängnisse und Zuchthäuser zu verringern, so schaffen wir eine der sichersten Grundlagen des freien Volkes, des

## Das unbegreifliche Ich.

19) Geschichte einer Jugend.  
Roman von Tom Kristensen.

(Berechtigte Uebersetzung aus dem Dänischen von F. E. Bogel.)

Was sollten die Anderen mit ihm? Warum sollte er das Unverständliche, was sein innerstes Ich bildete, zu Ansichten und festen Lebensanschauungen umformen? Doch wenn er allein war, konnte ihm dieses Gleiten Angst verursachen. Er wußte wohl, daß er es genoß, wenn er mit den anderen im Klub zusammen war; es blieb stets ein Genuß für ihn, ein anderer zu sein, als er eigentlich war. Aber wenn er sich allein befand, konnte er darauf verfallen, über sich nachzugrübeln. Vielleicht war es ein vergebliches Bemühen, ein Rückfall in eine alte, schlechte Gewohnheit; doch was half es? Er konnte zuweilen rasend über dieses Gleiten werden und es Mangel an Persönlichkeit, ja Feigheit, nennen. Aber dann durchforschte er sich noch gründlicher und tröstete sich. Weshalb sollte es Feigheit sein? Er wich einfach aus, und wenn er dies tat, lieferte er damit doch nicht sein Selbst aus. Und dann setzte er sich ans Fenster, sah auf das chinesische Dach herunter, das sich wie eine Wäscheleine bog, und entleerte sich von Ansichten, und allem, was einzwängt.

In der Schule wuchs Jesus Christus noch eine Zeit lang in meinen Augen. Ich habe in mir noch die Erinnerung an ein paar gewaltige Offenbarungen bewahrt. Auf den darmberzigen Samariter besinne ich mich besonders deutlich, denn ich war krank, als die Lehrerin davon erzählte, und als ich wieder in die Schule kam, verwirrte es mich, daß meine Kameraden darin überhört wurden. Wie es zugehen kann, daß dieses Gleichnis in meiner Erinnerung denselben rötlichen, porösen Glanz hat, der von einer weißen Mauer bei Sonnenuntergang ausströmen kann, verstehe ich nicht. Aber das war der letzte Abglanz der großen Erscheinung, ein Sonnenuntergangsglanz, bevor sie als Schullehrerstoff verging. Jesus wurde etwas, was ich auswendig konnte, genau so wie ich wußte, wieviel Zähne der Hund hatte. In der siebenten Klasse schloß ich mich an keinen meiner Kameraden an. Zufällig sah ich neben einem rundköpfigen Jungen, der Harald hieß; doch ich verachtete runde Köpfe. Eine Zeit lang wußte er mich durch verschiedene Fingerringe zu fesseln. Mit seiner Schreibfeder zeichnete er ein

Gesicht ohne Bart auf den Nagel seines Zeigefingers und ein Gesicht mit Bart auf den nächsten Nagel. Dann legte er den Zeigefinger auf den Tisch und sagte: „Ich kann zaubern!“ hob die Hand schnell hoch und ließ den anderen Finger vorkommen. „Siehst du, jetzt hat er einen Bart!“ triumphierte er.

Er konnte auch eine Glode mit einem Klöppel machen und ein Puppentheater, beides mit den Händen. Und er konnte mit der einen Hand vor und zurück über den Tisch gleiten, während die andere lotrecht auf und nieder ging; aber er hatte einen runden Kopf, und als ich ihm die Kunststücke abgesehen hatte, ließ ich ihn vollkommen fallen. Er war bestigt.

In der fünften Klasse kam jedoch ein finnischer Junge zu uns. Wenn er den Mund auftrat und in seiner singenden Aussprache vorlas, wanden wir uns vor Lachen; aber als der singende Tonfall verschwand und er kopenhagenerisch wie wir anderen las, fing ich an, ihn zu beachten. Er hatte ein längliches Gesicht mit einer langen, schmalen Nase und hieß Sejr.

Er war interessanter als Harald. Eines Tages, als wir aus der Schule kamen, lief eine Schar von uns zu einem Zigarrenhändler herüber. Die Mutigsten gingen herein und kauften Zigaretten, und ich spähte durch die Türscheibe nach ihnen. Da standen meine Kameraden und streckten den Bauch vor, wenn sie dicke Rauchwolken ins Lokal pafften. Einige von ihnen zündeten in der Streichholzschachtel Feuer an und reichten das brennende Streichholz, das sie hinter der hohlen Hand beschützten, obgleich kein Zug im Laden war, den anderen hin. Und der große Ehrhardt stemmte die Ellenbogen auf den Ladentisch und sprach mit dem Besitzer. Voller Ehrfurcht und Schrecken sah ich, wie meine Altersgenossen sich wie die Erwachsenen gebärdeten.

Da guckte ich zur Seite und sah Sejr mit dem weißen Hals. Er stierte auch hinein. „Rauchst du nicht?“ fragte ich. „Nein, ich will nichts tun, wonach man sich brechen muß,“ antwortete er, „und ich darf es auch nicht.“ „Glaubst du, daß Rauch gut schmeckt?“ „Nein.“ Die Tür wurde aufgerissen und Ehrhardt kam an der Spitze der anderen heraus. „So'n Glimmstengel tut gut!“ bemerkte er, „willst du auch ein paar Züge machen, du kannst es gern.“ „Nein, ich will nicht,“ antwortete ich.

„Willst du da eine haben?“ Sejr schüttelt mit dem Kopf. „Ihr beiden Affen, ihr traut euch bloß nicht! Habt ihr Angst vor einer Tracht Prügel? Aber nun sollt ihr grade, zum Donnerwetter!“

Die anderen brüllten laut los; aber wir beide fingen an wie die Berrückten fortzulachen. Die ganze Bande setzte uns nach.

„Sie müssen einen Zug tun, sie müssen!“ Aber da sie gleichzeitig auch die Zigaretten in Brand halten mußten, verloren sie rasch den Atem, und wir kamen weit draußen bei Faelleden in Sicherheit. Wir mähigten unseren Lauf und liefen in langsamem Trab um die Husarenkaserne herum.

Endlich bekamen wir wieder Luft und fingen gleichmäßig an zu atmen.

„Wo wohnst du, Sejr?“ „Auf dem Nordre Frihavnsovej.“ „Kann man da gut spielen?“ „Ja, das kannst du glauben. Es wird an so vielen Stellen unten auf dem Strandboulevard gebaut, und es sind so viele Bretter und Schuppen da. Aber ich traue mich nicht mehr.“

„Hast du Angst vor den Maurern?“ fragte ich. „Ja, auch; aber vor denen kann ich fortlaufen. Es — es ist ein Loter in einem der Schuppen.“

Es lief mir kalt über den Rücken. „Habt ihr einen toten Mann gefunden?“ „Nein, das nicht; aber es wohnt ein lebendiger Loter in einem der Schuppen. Er ist gelb und hat einen Totenkopf und einer Masse Zähne, und er hat gelbe Rippen.“

Wir gingen schweigend eine Zeit lang. Ich konnte ihn immer noch pusten hören nach dem Lauf. „Sejr, hast du ihn gesehen?“

„Und ob ich das habe. Es stand ein Brett an dem Schuppen, so daß wir immer vom Dach herunter in's Gras rutschen konnten. Und im Dach war ein Loch, und dadrin ist er, der Tote.“

„Hast du ihn selbst gesehen, ganz richtig gesehen?“ fragte ich eifrig.

„Ja, ich steckte ein Bein in das Loch, und da kam er plötzlich hervor und packte das Bein. Er hielt fest, sage ich dir, und ganz langsam zog er den Fuß an den Mund und wollte hereinbeißen. Ich hatte Stiefel an.“ (Fortf. folgt.)



**Theater, Lichtspiele usw.**

**Staats-Theater**  
Opernhaus  
7 1/2 Uhr: Piedermaus  
Opernhaus  
am Kögelplatz  
Geschlossen  
Schauspielhaus  
Goetines Geburtstg  
8 Uhr: Faust, I.  
**Schiller-Theat.**  
Opernspielzeit  
8 Uhr  
**Annemarie**  
Operette von Jean  
Gilbert u. Robert  
Gilbert mit Dora-  
Löffler - Nympha-  
-Spira - Baselt-  
Heidemann - Die-  
geimann - Riller -  
Kurban - Ledebour

**SCALA**

**Internat. Varieté**  
Sonntag 3 1/2 zu  
ermäß. Preisen  
das volle Progr.  
Täglich 8 1/2 Uhr  
**2. Woche**  
**HALLER**  
REVUE  
1911/12

**„ACHTUNG!  
VELLE  
505!“**

**THEATER IM  
ADMIRAL  
PALAST**  
Mark 2,- bis 16,-  
Sonntag  
2 Vorstellungen 7  
3 u. 8 1/2 Uhr  
Nachm. die ganze  
Vorstellung zu  
halben Preisen

**Metropol-Theater**  
Morgen 7 Uhr  
um 1 Male:  
**Claire Dux** als  
**Kamsell Angot**  
Karyavina  
Kirchhoff etc.

**Thalia-Theater**  
Nur noch 3 Vor-  
stellungen  
8 Uhr: **Uschi**  
Vorzeiger der An-  
zeige zahlen nur  
halb Preis 50 Pf. an  
in bris. Theater

**Casino-Theater**  
Lothringer Str. 37.  
Tägl. 8 Uhr  
Die dreifach. Posse  
**Der kühne  
Schwimmer**  
Sitz im kometen  
Jubiläum-Programm

**Rose-Theater**  
Thalia-Str.  
Montag, 31. Aug.  
Neueinstudierung  
8: **Annemarie**

**Operettenhaus  
am Schiffbauerdamm**  
8 Uhr:  
**Der kleine Kuppler**  
Deutsches  
Künstler-Theater  
8 Uhr  
**Fautsch 47**  
Lustspiel  
von Louis Verneuil

**Stottern**  
Jahrbuch!  
Dauererfolg!  
Ganz neues System!  
Prof. frei. G. Müller  
Wilmersdorf, Bran-  
denburgerstr. 18.

**Komische Oper**  
8 U. Dir.: James Klein 8 U.  
Europas meist gespielte  
u. somit erfolgr. Revue!  
**400**  
Das hat die Welt  
noch nicht geseh'n  
Sommerpreise!

**Elite-Sänger**  
Kottbuser Str. 6 - Tel. Np. 110 77  
Täglich 8 Uhr  
die konkurrenzlose Revue:  
Berlin ... da kichste!  
Sonntag, 30. 8., zusammen 3 Uhr:  
**Erste Nachmittags-Vorstellung**  
zu halben Preisen

**Reichshallen-Theater**  
Allabendlich 8 Uhr:  
**Stettiner Sänger**  
Sonnt. 3 u. 8: 1. u. 2. Nachm.-Vorst.  
zu halben Preisen u. vollem Besetzungs-  
**Dönhoff - Brett!**  
(Saal und Garten)  
Großes Varieté!  
U. a.: D. urkomische Sams

**WALHALLA**  
am Rosenthaler Tor

Ab Sonnabend,  
29. August:  
**Mal was  
anderes**  
Die lustige  
Anstaltsrevue  
in 2 Akten  
von Alfred Berg u.  
Carl Bretschneider  
Musik von Paul Wils  
mit  
Lotta Werkmeister  
Agni Wilts  
Lamberti-Paulsen  
Robert Stedl  
Georges Hauvalet  
u. l. w.

Sammer von Anfang bis Ende

Anf. 7 1/2 Uhr, Platz 2.50 - 4.50  
Im Tunnel 24 Musiker 24  
Vorverkauf ab 11 Uhr ausverkauft

**WINTGARTEN**

Im August Varieté größten Stils  
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr halbe Preise!  
Rauchen gestattet

**LUNA  
PARK** Seite 50 Pf.  
Vollbetrieb, Konzert  
**ERNA OFFENEY u. Ballett**

**Trabrennen  
Ruhleben**  
Freitag, den 26. August  
nachmittags 2 1/2 Uhr

Warum machen Tausende Familien von  
meinem Kreditsystem Gebrauch?  
Weil jeder Kredit ein Empfehlung ist!  
Anf. Kredit u. gegen baar: **Gesamtlager in 4 Etage**

**Herrenanzüge** **Damenmäntel**

Sport-Anzüge  
Burschen-Anzüge  
Knaben - Anzüge  
Gummimäntel  
Sport - Hosen  
Windjacken

Reise - Mäntel  
Sport - Mäntel  
Kostüme, Complete  
Gummimäntel  
Kasacke  
Wasserkleider

In besond. Eleganz: **Sardinen, Topplack, Steppdecken**  
Gewaltige Möbel-Läger!

**A. DAMITT** Rosenthaler  
Straße 46-47  
im Hause der Roten Apotheke

**RIESEN CIRCUS  
KROONE**

Schönbauer Allee - Reichbahn, Danziger Str.  
Haupteingang Ruoff-Mosse-Str.  
Telephon: Humboldt 99

Täglich 8 abends  
Sonnabends 4 nach 4  
Uhr Sonntags 1/2

**Gigantische  
Circus-Spiele**

120 Sensationen 120  
Neu: **Circus-Rennbahn**  
500 exot. Tiere, täglich von  
10-7 geöffnet. Indlanerdorf  
Konz. 2 Kapell. Raubtierfüt. III. vorm.

Vorverkauf A. Wertheim, an d. Circus-  
kassen ab 10 Uhr vormitt.  
Nachm. Kinder b. 12 Jah. halbe Preise!  
Preise nur Sitzplätze von 1.20 an

Von 2 Mark an  
wöchentliche Teilzahlung  
keine bei kleiner Anzahlung

**eleg. Herren-Moden**  
fertig und nach Maß  
nur Qualitätsware  
in großer Auswahl.  
Garantie L. Ladales, Sitz u. Verarbeitung.

**Maßschneiderei J. Kurzberg**  
Oranienstraße 160, I.  
Chausseestraße 1, I.  
Eingang Elbinger  
Straße

**Lampions**  
von 5 Pf. an.  
Stöcklaternen u. Tisch-Licht 1 Pf.  
Fackeln, Luftballons, alle  
Festartikel sehr billig.

**Feuerwerk** 1.- 2. u. 3. an.  
Bengalfeuer Klo. 1.- 2.-  
Papiermützen Dr. 20 Pf. an.  
L. Maas & Co., Markgrafstraße 84  
an der Lindenstraße. Geöffnet 1000.

**Dr. Scholl**

**hilft  
Ihnen  
sicher**

Millionen von Menschen wurde  
schon wirksam geholfen.

**Dr. Scholl's  
Fusspflege - System**

hat für alle Fussleiden wirklich individuell an-  
gepasste Heilbeife. In Millionen von Fällen  
- auch schwerster Art - hat sich Dr. Scholl's  
Fusspflege - System bestens bewährt.

**Dr. Scholl's Fuss-Einlage**  
wird der besonderen Form und Eigenart  
jeden Fußes genau angepasst. Auch später-  
hin findet eine längere Beobachtung des  
Fußes durch erfahrene Fuss-Spezialisten  
statt, wobei von Zeit zu Zeit eine Neuein-  
stellung der Fuss-einlage, nach Massgabe  
der inzwischen fortgeschrittenen Verände-  
rung des Fussgewebes vorgenommen wird!

**Kommen Sie noch heute zu uns!**

In unseren sämtlichen Filialen  
**kostenlose**  
Arzt. u. fachmännische Beratung

Neu für Berlin:  
**Stiller's Fuß-Therapeutikum**  
Fussbäder, Fuss-Massage  
Pedicure im Hause

**Stiller**

Hauptvertrieb und Zentraldepot für Gross-Berlin

ZUR  
**NIE-WIEDER-KRIEG-  
KUNDGEBUNG**  
empfehlen  
wir

**HUGO SCHULZ**  
**BLUT UND EISEN**  
Krieg und Kriegerturn in alter  
und neuer Zeit

I. Band 400 Seiten mit 352 Bildern  
II. Band 386 Seiten mit 224 Bildern

**DIE ZWEI BÄNDE KOSTEN  
ZUSAMMEN NUR 10 MARK**

Zu beziehen durch:  
**J. H. W. Dieß Nachf. G. m. b. H.**  
Lindenstr. 2, Abteilg. Sortiment

**Kopp & Joseph's**  
**räuterfranzbranntwein**  
Überall erhältlich  
Fabrik Berlin W

**Grüß Gott miteinander!**

Wollt Ihr wie ich ohne Beschwerden die Jungfrau bestiegen,  
Euch in gewaltigen Höhen der herrlichen Natur erheuen?  
Auch Ihr könnt es, wenn Ihr jeden Morgen aus nüchternen  
Magen eine Messerspitze voll **Stivkamp-Salz** in Wasser,  
Tee oder Kaffee zu Euch nehmt. Dieses **biochemische  
Wundersalz** enthält die **lebenswichtigen Salze**, die das  
Blut beibien und reinigen und den Körper von den üstigen  
Säuren und Schlacken befreien, den Ursachen von Ver-  
dauungsstörungen, Rheumatismus, Fettsucht und allgemeiner  
Energielosigkeit. Lernt das **„Stivkamp-Gefühl“** kennen,  
das herrliche Gefühl von Lebensfreude, Energie und Tat-  
kraft. Beginnt noch heute mit der **Stivkamp-Kur**, sie ist  
so billig, so einfach und so zuverlässig. Ein Glas reicht  
100 Tage, Preis M. 3.- Überall zu haben.

Bestimmt in folgenden Depots: **Simons Apotheke**,  
Berlin C. 2, Spandauer Str. 18, **Stietz Apotheke**, Berlin N. 54,  
Rosenthaler Str. 61, **Electica-Apotheke**, Berlin N. 39, 19,  
Leipziger Str. 74, am Donhoffplatz, **Wittes Apotheke**,  
Berlin W. 57, Potsdamer Str. 84a, **Minerva-Apotheke**,  
Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. Ecke Hismarckstr. 51,  
**Apotheke zum Goldenen Hirsch**, Berlin SW. 68, Linden-  
straße 74, **Luisenstädtische Apotheke**, Berlin SO. 16,  
Köpenicker Str. 119, **Adler-Apotheke**, Berlin N. 39, Rei-  
nickendorfer Str. 1, **Sonnen-Apotheke**, Berlin NO. 18,  
Große Frankfurter Str. 54, **Frankfurter Apotheke**,  
Berlin O. 112, Frankfurter Allee 64, **Apotheke am Bernauer-  
platz**, Neukölln, Hermannplatz 9, **Elisabeth-Apotheke**,  
Weissensee, Berliner Allee 249, **Rathaus-Apotheke**, Berlin-  
Schöneberg, Martin-Luther-Straße 72, **Kronen-Apotheke**,  
Berlin-Steglitz, Schützenstr. 37.

Generalvertreter: **G. Lücke (Phönix-Handels-G. m. b. H.)**,  
Berlin S. 42, Prinzenstraße 8. Fernspr.: Moritzpl. 1432

**Gewinn-Auszug**  
5. Klasse 25. Preussisch-Sächsischer Klassen-Lotterie  
15. Ziehungstag 27. August 1925

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Ge-  
winne gefallen, und zwar je einer auf die Zehn gleicher  
Nummer in den beiden Abteilungen 1 und 2

Ohne Gewähr Nachdruck verboten  
In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 150 Mk. gezogen

4 Gewinne zu 5000 Mk.	184415	172113							
8 Gewinne zu 3000 Mk.	28541	197857	210780	274084					
8 Gewinne zu 2000 Mk.	52263	118500	198177	212532					
24 Gewinne zu 1000 Mk.	27	10353	10991	20489	27444	82445			
35485	88149	183658	234110	253616	255407				
48 Gewinne zu 500 Mk.	3089	18763	37050	54038	66126				
31867	86583	96114	133294	144136	164386	184357	198301	200036	
207218	220441	222878	234604	234827	235775	238669	243372		
252670	262028								
134 Gewinne zu 300 Mk.	5795	6079	9451	10248	12418	16561			
16805	19010	19896	21134	23875	26780	28631	37153	37498	40892
43930	47987	48681	49815	53014	54575	64337	73060	73181	86793
89336	90435	92487	98374	106414	115827	123534	124260	131870	
140766	143295	148932	153743	155882	159413	167068	169235		
177240	180850	181625	182898	183770	189630	190844	218086		
222279	224176	228368	236559	231018	233768	235352	240307		
240979	249447	252951	257483	266330	268299	269895	274460		

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 150 Mk. gezogen

2 Gewinne zu 10000 Mk.	94318								
2 Gewinne zu 5000 Mk.	45836								
10 Gewinne zu 2000 Mk.	100693	133571	162798	242192					
261774									
16 Gewinne zu 1000 Mk.	81228	46084	146147	155062					
165102	173995	177048	204124						
70 Gewinne zu 500 Mk.	71	11173	15077	34782	35855				
45731	71295	90457	101691	118905	130901	137193	139623		
146177	147139	147249	159834	162376	176164	192112	194091		
196427	199651	202233	202515	225520	229303	235370	249353		
255038	258829	264412	266381	269011	272512				
152 Gewinne zu 300 Mk.	11218	15426	18810	21795	32186				
34218	34443	37813	41135	51895	60643	60650	63420	67776	68078
68504	84822	86151	86741	88732	91322	99718	106799	111483	
114394	114709	121415	124306	128501	127060	129031	129729		
129898	131268	135564	138033	142712	144080	148424	151668		
154506	154529	158786	171037	179603	180877	183938	184789		
184890	202341	202731	203127	204899	205130	206402	206805		
211010	212542	215925	218081	222690	225350	230726	238616		
239827	243724	250965	252210	256865	258243	260769	261172		
267143	270279	271762	273560						

**Aus den Bezirken.**

**Aus dem 12. Bezirk — Steglitz-Lichterfelde.**

Der Bezirk Steglitz hat nicht nur sehr hübsche und teilweise zweckmäßige Parkanlagen, sondern auch große Friedhöfe, die ebenfalls Schmuckplätze sein könnten, wenn, ja wenn... Sehen wir uns einmal den Friedhof in der Bergstraße an. Da hat man einen Heldengedenkstein aufgestellt und davor so etwas wie eine Anlage skizziert, denn fertig ist man damit nicht geworden. Unkraut und Gras wuchern gemütlich auf allen Wegen, und man kommt überhaupt nicht auf den Gedanken, daß dort so etwas wie gärtnerische Pflege getrieben wird. Der frühere Wasserturm wird zum Krematorium und zur Urnenhalle umgebaut, aber der Bloß rund herum sieht gar zu trist aus. Auch hier ist viel Unkraut, und mit dem Aufräumen sieht es recht traurig aus. Immerhin ist diese Stelle des Friedhofs mit am besuchtesten, und man sollte meinen, es wäre ein Friedhofsinspektor da, der sich um die Ordnung zu kümmern hätte. Aber Unkrauthausen liegen umher und verpesten die Luft, die Wasserstellen machen den Eindruck schmutziger Sümpfe. Wozu braucht der Bezirk dann einen Garteninspektor?

Die Bewohner des Bezirks haben aber noch andere Schmerzen. Sie fragen vor allem: Wo bleibt die Gemeindeschule für Lankwitz, die so dringend nötig ist? Will man sie mit dem fehlgeschlagenen Plan des Verwaltungsgebäudes etwa auch begraben? Sie fragen ferner: Wo bleibt der Plan für das neue, längst dringend nötige Armenhaus? Hat das Hochbauamt endlich einmal Zeit, auch an diese Arbeit zu denken? Sie fragen aber auch: Wie denkt sich das Bezirksamt nun die Unterbringung der Berufsschule, welche mit ihren 2000 Schülern in fünf verschiedenen Gebäuden hausen muß, eine Dual für Lehrer und Schüler? Will man auch diesen Plan schlafen lassen, nur weil das Verwaltungsgebäude nicht durchzubringen war? Hätten die bürgerlichen Mitglieder des Bezirksparlaments auf den Rat unserer Fraktion gehört, dann hätte sich der Magistrat nicht ohne weiteres über diese dringend nötigen Bedürfnisse unseres Bezirks hinwegsetzen können. So hat man unverständlichlicherweise das Verwaltungsgebäude, welches noch gar nicht so dringend nötig ist, in den Vordergrund geschoben und hat offenbar mit dessen Ablehnung auch die nötigen Schulbauten fallen lassen. Die Bevölkerung, in diesem Falle die Wähler, werden am 25. Oktober daran denken müssen, daß es die sozialdemokratische Fraktion war, die für alle die genannten Bedürfnisse rechtzeitig sich eingesetzt hat, und daß es die bürgerlichen Vertreter aller Parteien waren, die diesen Fragen im höchsten Grade verständnislos gegenüber gestanden haben. Die Wähler werden berufen sein, den bürgerlichen Parteien und den Kommunisten, die sich an der Arbeit niemals beteiligt haben, sondern nur zum Abbau des sozialdemokratischen Stadtrats erschienen, die Antwort und die Dichtung zu geben.

Bezugnehmend auf unseren Artikel im „Vorwärts“ vom Sonntag, betitelt „Schwarz-Weiß-Rot in Steglitz“, erhalten wir folgende Zuschrift:

Daß die Polizei auch anders kann, wenn es sich um sozialdemokratische Flugblattverbreiter handelt, möge folgender Fall illustrieren. Wie in ganz Groß-Berlin, so wollten auch wir in Steglitz uns der Aufgabe unterziehen, den alten Leuten beim Empfang ihrer fälligen Rente unser letztes Flugblatt, welches den Betrug der Regierungsparteien bei der Aufwertung ins rechte Licht rückte, zu verteilen. Unser arbeitsloser Genosse postierte sich also auf dem Hofe des Hauses Schloßstraße 36, das zum Rathaus Steglitz gehört, vor dem Ausgang, welchen die alten Leute passieren müssen. Irgend welche Störungen konnte er hier unter keinen Umständen verursachen. 1½ Stunden konnte er hier ungestört Flugblätter verteilen, die gern abgenommen und gelesen wurden. Schließlich erscheint ein Beamter und weist ihn vom Hof. Unser Genosse verteilt also seine Flugblätter auf der Straße vor dem Eingang des Hauses weiter. Nach ganz kurzer Zeit erscheint die Polizei, Flugblattverbreiter und Flugblätter wandern zur Wache. Es wird ihm erklärt: nach einer Verordnung aus dem Jahre 1852 habe er sich strafbar gemacht, er müsse die Genehmigung zur Verteilung derselben einholen, im übrigen wird ihm ein Strafmandat angedroht. Die Flugblätter werden beschlagnahmt. Unser Genosse verlangt also einen Erlaubnisschein. Im nächsten Tage wird ihm erklärt, er möge in zwei Tagen wiederkommen, der Regierungsrat weiß es auch nicht, man müsse erst in Berlin anfragen. Die Folge-

zung unseres Genossen, ihm doch unbekümmert darum, ob eine Genehmigung notwendig sei oder nicht, den Erlaubnisschein auszustellen, wurde abgelehnt. Er möge eben später noch einmal nachfragen, die letzten Worte im Flugblatt betr. Hindenburg erregen Anstoß usw. Am Montag endlich, also nach acht Tagen, erhielten wir unsere Flugblätter zurück. Unser Genosse erhielt einen Erlaubnisschein, gültig bis 31. August, und durfte dafür eine Mark zahlen. Natürlich war die Rentenauszahlung längst erledigt und damit wohl der Zweck der Beschlagnahme erreicht.

Bei einer Veranstaltung des Rechtsbunds in Steglitz anlässlich der Hindenburgwahl gebrauchte eine Größe der Volkspartei folgende Worte: „Wir in Steglitz werden als der Hort der Reaktion bezeichnet, aber wir sind stolz darauf und hoffen, daß wir es immer bleiben werden.“

Wir werden den Herrschaften bei der bevorstehenden Stadtverordnetenwahl die Antwort darauf geben. Am 25. Oktober ist Abrechnung.

**15. Bezirk — Treptow.**

In der Bezirksversammlung am 26. August gab der Vorsitzende Genosse Strieder eine Antwort des Provinzialschulkollegiums bekannt, die auf die Anfragen der SPD. und Demokraten wegen verschiedener Vorgänge in den höheren Schulen bei der Reichspräsidentenwahl eingegangen ist. Die Antwort bemüht sich, die Angegriffenen als Unschuldsklämmer hinzustellen. Auf den in der vorigen Sitzung gestellten Antrag unserer Fraktion, das brachliegende Staatsgelände zwischen Niederschöneweide und Adlershof weiswirtschaftlich auszunutzen, wurde vom Bezirksamt mitgeteilt, daß dieses Gelände vorläufig auf die Dauer von 20 Jahren an Kleingärtner verpachtet wird. Die Kommunisten hatten einen Antrag gestellt, von der Reichsregierung die Amnestie zu fordern. Die Regie zwischen dem kommunistischen Redner und den hinstellenden Tribünenbesuchern klappte äußerst schlecht. Es fehlte sogar der „lebhafteste“ Beifall der „Abkommandierten“. Genosse Lempert verlas eine Erklärung unserer Fraktion zu diesem Antrag. Schlagend wies er nach, daß die SPD. auf diesem wie auf allen Gebieten nicht zu ihren Worten stehe. Erst treibt man die Arbeiter der Klassenjustiz in die Arme, und nachher verhindert man direkte Verbesserungen der Amnestievorlage. Die SPD. arbeitet an den Stellen für eine bessere Amnestie, die dafür zuständig sind. Gegen die Stimmen der Antragsteller wurde der Antrag abgelehnt. Eine Vorlage, das Grundstück Wilhelmshofstr. 80/81 in Oberschöneweide zum Zwecke der Errichtung eines öffentlichen Marktes zu erwerben, wurde einstimmig angenommen. Das Bezirksamt ist bemüht, innerhalb des Bezirkes den Wohnungsneubau zu fördern, und empfiehlt aus diesem Grunde, ein Grundstück in der Hoffmannstraße in Treptow zu verkaufen. Bürgermeister Genosse Grunow erklärte, daß die auf diesem Grundstück vorhandenen Kleingärtner entsprechend finanziell abgefunden werden und ihnen neues Kleingartenland nachgewiesen wird. Die Kommunisten hatten in Anbetracht der gutbesetzten Tribüne ihr warmes Herz für die Kleingärtner entdeckt und motivierten ihre Ablehnung damit, daß nur ein Einfamilienhaus errichtet wird. Wenn eine große Mietkaserne gebaut würde, dann könnten sie sich für den Verkauf entschließen. Ein demokratischer Vertreter gab seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß die SPD. sich für den Bau von Mietkasernen einsetze. Genosse Lempert betonte, es komme darauf an, neue Wohnungen entstehen zu lassen und der Kleingärtnerbewegung zu helfen. Da es sich um ein Gelände an einer baureifen Straße handelt, die Be- und Entwässerung aufweist, muß jeder Einsichtige dem Verkaufe zustimmen. Die SPD. hätte für die Kleingärtner schon gefordert durch die Bereitstellung des großen Geländes zwischen Adlershof und Niederschöneweide; dort können 500 Kleingärtner angesiedelt werden. Ein Antrag unserer Fraktion, das Finanzamt Oberpreze von Berlin-Alexanderplatz nach dem Bezirk zu verlegen, wurde einstimmig angenommen. In einem Dringlichkeitsantrag forderte unsere Fraktion, unverzüglich geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um im Bezirk genügende Verkaufsstellen zum Betrieb des Gefrierfleisches sicherzustellen. Ein Kommunist sprach sich namens der SPD. gegen den Antrag aus, weil dieser nur gestellt sei, „damit die Arbeiter doch nichts bekommen sollen. Die SPD. sei schuld an den neuen Steuern und Zöllen.“ Genosse Haj leuchtete den Kommunisten gehörig heim. „Seht euch eure Arbeit im Berliner Stadtparlament an“, sagte er ihnen, „Beseitigung der Arbeitermehrheit im Magistrat, der Abbau Paulens, Wahl eines deutschvolksparteilichen Bürgermeisters — alles ist euer Werk. Die kommenden Stadtverordnetenwahlen

werden zeigen, wer ihr seid: Die Steigbügelhalter der Reaktion.“ Nach dieser gründlichen Abfuhr stimmte auch die SPD. geschlossen für unseren Antrag, denselben Antrag, den sie 10 Minuten vorher in Grund und Boden wünschten. Gegen die Behandlung eines weiteren Dringlichkeitsantrages unserer Fraktion auf Neubau einer Gemeindeschule im Ortsteil Johannisthal erhoben Deutschnationale und Volkspartei Einspruch mit der Begründung, daß diese Angelegenheit nicht dringlich sei.

**Genosse Dr. Herz wieder Stadtrat in Spandau.**

**Endgültige Entscheidung des Kammergerichts.**

Wie erinnerlich, war der Stadtrat und stellvertretende Bürgermeister von Spandau, Genosse Dr. Herz, von der Bezirksverordnetenversammlung abgebaut worden. Dieser Abbau wurde seinerzeit durch Kammergerichtsentscheidung aufgehoben. Nicht genug mit dieser Blamoge machte man in Spandau den Versuch, dem Recht ein Schnippchen zu schlagen, indem man den Abbau Dr. Herz' mit neuer Begründung noch einmal beschloß. Aber auch dieser Versuch erlitt ebenso Schiffbruch, denn der Kommunal-Beamtenabbau-Ausschuß beim Kammergericht hat unter den 17. August d. J. folgenden Spruch gefällt:

Auf den Einspruch des Stadtrats und stellvertretenden Bürgermeisters Dr. Herz ist dessen abermalige Verletzung in den einseitigen Ruhestand aufgehoben. An Kosten des Verfahrens ist eine von der Stadt Berlin zu entrichtende Gebühr von 200 Reichsmark erhoben. Gründe: Auf den Beschluß des unterzeichneten Ausschusses vom 15. Januar 1925, durch welchen der erstmalige Abbau des Beschwerdeführers wegen Verletzung des § 21 der Preussischen Abbauperordnung aufgehoben worden ist, wird Bezug genommen. Die für den früheren Abbau maßgeblichen Gründe, wie sie in der Begründung des unterzeichneten Ausschusses dargelegt und gewürdigt sind, haben auch für den neuerlichen Abbau ihre Bedeutung nicht verloren. Es ist zu berücksichtigen, daß die Auswahl durch politische und konfessionelle Gründe nicht bedingt, sondern nur beeinflusst zu sein braucht. Nun liegt auf der Hand, daß der zweite mit dem ersten Abbau in Zusammenhang steht, sonst wäre der zweite nicht dem ersten unmittelbar und ohne daß der Versuch einer weiteren Verwendung des Beschwerdeführers gemacht wäre, gefolgt. Hieraus ergibt sich: Wäre der erste Abbau politisch und konfessionell beeinflusst, muß es auch der zweite sein, und es entfällt aus dieser Erwägung die Bedeutung des sonst vielleicht in Betracht kommenden Vorbringens, das Verhalten des Beschwerdeführers in dem Verfahren vor dem unterzeichneten Ausschuss hätte eine gemeinsame Weiterarbeit mit ihm unmöglich gemacht und den Grund zu seinem zweiten Abbau gebildet. Abgesehen davon sind die Ausführungen des Beschwerdeführers in diesem Verfahren in Wahrnehmung berechtigter Interessen erfolgt und müssen unter diesem Gesichtspunkt gewürdigt werden. Die neuerliche Verletzung des Beschwerdeführers wäre daher wiederum wegen Verletzung des § 21 der Preussischen Abbauperordnung aufzuheben.

Ob nach dieser Abfuhr die Spandauer Reaktionen noch ein drittes Mal ihr Heil und einen Abbau versuchen werden, muß dahingestellt bleiben. Jedenfalls wird auch ein dritter Abbau mit dem ersten und zweiten in Zusammenhang stehen und daher rechtswirksam bleiben.

**Das Wenden von Fahrzeugen auf der Straße.**

Trotz wiederholter Hinweise durch die Presse werden die Bestimmungen über das Wenden von Fahrzeugen in den Straßen Berlins häufig nicht beachtet. Die Polizeibeamten sind daher erneut angewiesen worden, im Interesse einer ordnungsmäßigen Abwicklung des Verkehrs auf die Innehaltung der bestehenden Bestimmungen zu achten und Übertretungen vom 1. September ab zur Anzeige zu bringen, nachdem bisher lediglich Verwarnungen der Fahrer erfolgt sind. Nach den Bestimmungen der Straßenordnung ist das Wenden von Fahrzeugen in den Verkehrsstraßen in den Verkehrsstraßen erster Ordnung unter allen Umständen untersagt. In allen anderen Straßen ist das Wenden ebenfalls verboten, sofern es nicht in einem einzigen Wendebogen ausführbar ist. Dieser Hinweis bezieht sich in erster Linie auf die Automobile, die durch ihr Hin- und Herfahren über die Straßenbreite, um zum Wenden zu kommen, oft den Verkehr lahm legen.

**Zum Ultimo**

**6 Artikel** — **aber die richtigen**

<b>Damen - Spangenschuhe</b> echt schwarz Chevreau, elegante Form, echter Louis XV.-Absatz <b>9<sup>90</sup></b>	<b>Herrn-Schnürstiefel</b> schwarz Rindbox, moderne halbrunde Form, weiss doppelt..... <b>10<sup>50</sup></b>
<b>Damen-Lack-Spangen- und -Schnürschuhe</b> halbspitze Form, moderner Absatz <b>11<sup>50</sup></b>	<b>Herrn-Lack-Schnürschuhe</b> moderne halbspitze Form, elegante Verarbeitung..... <b>16<sup>50</sup></b>
<b>Damen-Lack-Spangenschuhe</b> auch mit grau Soutacheverzierung, chicor Komteessabsatz <b>12<sup>50</sup></b>	<b>Kinder-Oesen- u. Agraffenstiefel</b> in Rindbox, guter Schulstiefel, Gr. 31-35 6,25, Gr. 27-30 <b>5<sup>50</sup></b>

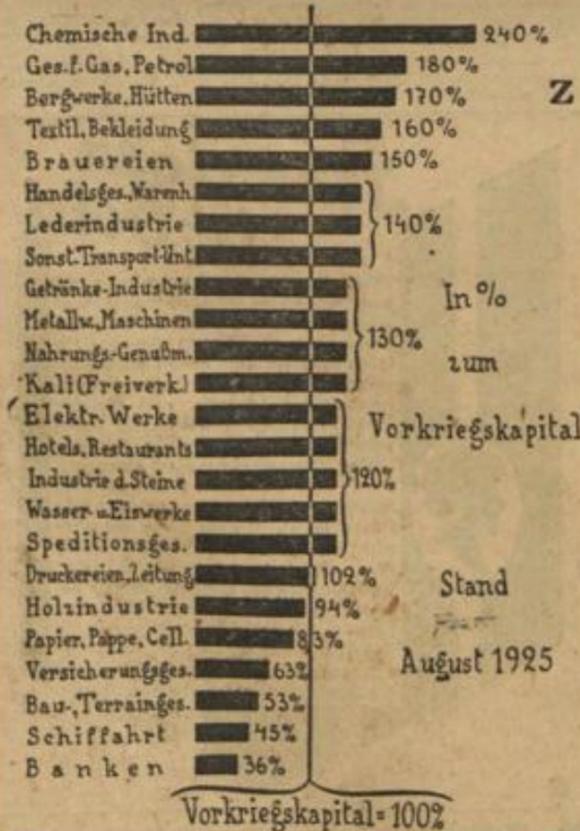
**Geleisen**

# Wirtschaft

## Ist eine zweite Kapitalumstellung notwendig?

Durch die Goldbilanzverordnung wurden die deutschen Aktiengesellschaften zu einer Umstellung ihres Aktienkapitals gezwungen. Diese Umstellung erfolgte bei den verschiedenen Unternehmungen nach durchaus verschiedenen Grundsätzen. Viele Gesellschaften ließen sich bei der Bewertung ihres Vermögens noch stark von der Meinung leiten, daß der Anlagewert ihrer Grundstücke, Bauten und Maschinen den Bilanzwert bestimmen müsse. Andere betonten von vornherein den Gedanken, der in der kapitalistischen Wirtschaft der allein richtige ist, daß die zu erwartende Rente den Vermögenswert bestimmen müsse. Meinungsverschiedenheiten konnten sich dabei in der verschiedensten Richtung ergeben. Die schwierige Lage des deutschen Geld- und Kapitalmarktes hat die Zinssätze enorm hinaufgeschraubt. Sollten nun die jetzigen hohen Zinssätze den Maßstab der künftigen Rente und damit des Kapitalwertes der Unternehmungen abgeben? In diesem Falle könnte sich später herausstellen, daß der Kapitalwert zu niedrig angenommen worden ist, daß also später Kapitalverwässerungen vorgenommen werden müßten. Sollte man aber einen niedrigeren Zinssatz ein, so wie er vielleicht in späteren Jahren auch in Deutschland wieder zu erwarten ist, so müßte man damit rechnen, daß die Aktien der Unternehmungen auf Jahre hinaus unterbewertet würden und daß damit die Beschaffung neuen Kapitals künstlich erschwert würde. Eine weitere Schwierigkeit bei der Schätzung der zu erwartenden Rente selbst bot die Tatsache, daß die gesamte Wirtschaft infolge der Schwächung der Kaufkraft der breiten Massen einerseits und der Ueberfüllung der deutschen Produktion und des Handels mit Betriebsanlagen, den Umsatz für den einzelnen Betrieb für absehbare Zeit stark verringern mußten. Weiter kam hinzu, daß die Knappheit an Betriebskapital und die Notwendigkeit, Betriebsmittel zu hohen Zinssätzen hereinzunehmen, das Rentabilitätsergebnis beeinträchtigen mußte. Je nachdem ob die einzelne Firma diese verschiedenen Momente berücksichtigte, mußte die Kapitalumstellung verschieden ausfallen. Die Tatsache, daß sehr viele deutsche Unternehmungen und unter ihnen sogar sehr große überhaupt keine Dividenden für das laufende Geschäftsjahr ausschütten, zeigt, daß in zahlreichen Fällen die Kapitalumstellung in einer zu optimistischen Weise vorgenommen worden ist. Das wird sogar auf die Mehrzahl der Goldumstellungen zutreffen, da bisher nur wenige Unternehmungen Dividenden verteilen, die in einer Höhe von etwa 10-12 Proz. dem heutigen Stand der Zinssätze in Deutschland angepaßt sind. Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, daß die Kapitalumstellung der einzelnen Unternehmungen jede Einheitlichkeit vermissen läßt, daß schon seit längerem von der Notwendigkeit einer neuen Umstellung viel geredet und geschrieben wird und daß in einzelnen Fällen, wie beim Baroper Walzwerk, diese neue Umstellung bereits eingeleitet ist. Es lohnt daher, die bisherige Kapitalumstellung der deutschen Unternehmungen nach den verschiedenen Gewerbezweigen sich vor Augen zu führen. Sie ist in der nachstehenden graphischen Darstellung veranschaulicht.

### Die Kapitalumstellung der deutschen Unternehmungen



Bei dieser Darstellung sind auf Grund von einer Erhebung, die Dr. Oskar Goetz kürzlich im „Berliner Tageblatt“ veröffentlichte, die an der Berliner Börse amtlich notierten Unternehmungen berücksichtigt, von denen allein 224 auf die Metall- und Maschinenindustrie entfallen. Auf einzelne Gewerbezweige kommen naturgemäß nur

ganz wenige Papiere, so z. B. bei Hotels und Restaurants 2, bei Expeditionsgesellschaften, Handelsgesellschaften, Warenhäusern je 3 Papiere in Betracht, bei den übrigen Branchen handelt es sich um größere Gruppen, deren Zahl zwischen 5 und 78 schwankt. Das Gesamtergebnis ist, daß sich das Vorkriegskapital und das Nachkriegskapital 1:1,1 verhalten, ein Bild, das jedenfalls nicht so pessimistisch ist, wie es zuweilen von kapitalistischer Seite dargestellt wird. Die Graphik zeigt, daß eine ganze Reihe von Aktiengesellschaften ihr Vermögen und dessen Ertragsfähigkeit relativ viel höher einschätzen als etwa die Höhe der zu zahlenden Löhne: Der Goldwert des Kapitals wird — auch unter Berücksichtigung des erhöhten Preisniveaus, in der Chemie, bei Bergwerken und in einer Reihe von Konsumindustrien nicht geringer eingeschätzt als in der Vorkriegszeit. Die Börse ist über diese Bewertung, wie die niedrigen Kurse zeigen, freilich anderer Meinung.

### „Korrekturen“ des Deutschen Landwirtschaftsrats.

Wir haben schon wiederholt Gelegenheit gehabt, uns mit der Verschuldungsstatistik zu befassen, die der Deutsche Landwirtschaftsrat der Agrarquetekommission des Handelspolitischen Ausschusses des Reichstags vorgelegt hatte. Inzwischen sind die Anlagen zum Protokoll der Agrarquete erschienen, die diese Statistik zur Verschuldung der Landwirtschaft enthalten. Bemerkenswerterweise weichen aber in einigen Fällen die Zahlen in der gedruckten Statistik von denen der hektographierten Bogen ab, die der Agrarquetekommission vorgelegt worden waren, ohne daß dies in der Druckfahse irgendwie kenntlich gemacht worden wäre. Es handelt sich hierbei um die Belastung der Landwirtschaft durch die Hypothekenaufwertung. Ursprünglich waren angegeben worden als aufwertungspflichtig pro Hektar für die Kammerbezirke

Ostpreußen	..	888.—	jetzt hingegen	852.—
Pommern	..	470.—	..	360.—
Grenzmark	..	390.—	..	294.—
Brandenburg	..	446.—	..	332.—
Prov. Sachsen	..	1108.—	..	683.—

Das Bemerkenswerte dabei ist zunächst, daß solche Korrekturen ausschließlich in Provinzen vorkommenden Großgrundbesitzes notwendig waren. Besonders seltsam liegt der Fall bei Pommern; für Pommern war nämlich ursprünglich behauptet worden, daß der aufwertungspflichtige Betrag größer sei als die Vorkriegverschuldung, weil nach der Behauptung des Sachverständigen des Deutschen Landwirtschaftsrats Herrn Dr. Fensch die pommerschen Landwirte während der Kriegszeit in so hohem Maße neue Hypotheken aufgenommen hätten, um Kriegsanleihe zu zeichnen. Der pommersche Nimbus ist also geschwunden, und die „Erklärung“ des Herrn Dr. Fensch kann jetzt wohl als überflüssig beiseite gelegt werden. Wer garantiert nun aber, daß auch jetzt diese Statistik, deren sonstige Mängel ja bereits bekannt sind, nicht noch Rechenfehler enthält? Wenn nämlich die Irrtümer, die der Druck jetzt berichtigt hat, nicht absichtlich gemacht wurden, können sie nur als Rechenfehler erklärt werden. Vielleicht schiebt der DLR. Herrn Dr. Fensch und die übrigen Herren, die an dieser Statistik mitgewirkt haben, noch einmal auf die Schulbank, damit sie die einfachsten Rechenoperationen nun erst wirklich einmal lernen. Denn das wird der Deutsche Landwirtschaftsrat doch nicht wünschen, daß infolge von Rechenfehlern die Verschuldung des ostelbischen Großgrundbesitzes vor parlamentarischen Ausschüssen falsch dargestellt wird.

Wichtiger aber als die „Irrtümer“ und ihre reichlich verspätete Korrektur ist vielleicht die Tatsache, daß hier offiziell vorgelegte Dokumente in der offiziellen Druckausgabe nicht so abgedruckt werden, wie sie der Kommission vorgelegen haben. Das kommt einer Fälschung ziemlich nahe. Nichts wäre dagegen einzuwenden, wenn die Statistiken so abgedruckt worden wären, wie sie der Kommission vorgelegen haben, und dann in einer Anmerkung die Fehler berichtigt worden wären; jetzt aber wird durch die Korrektur, die stillschweigend vorgenommen worden ist, ein Teil der Verhandlungen unverständlich, und außerdem die Tatsache der Unzuverlässigkeit der Sachverständigen des DLR., die sich bei dieser Gelegenheit gezeigt hat, verwischt. Die Beforgung der Drucklegung dieser Anlagen weist auch noch einige andere Eigentümlichkeiten auf. Eine Denkschrift des Fachverbandes für Fleischversorgung, die zu den Akten eingereicht worden war, ist nicht abgedruckt. Ebenso ist der Abdruck einer Zusammenstellung der Ergebnisse der Landwirtschaftsratsverhandlungen unter systematischen Gesichtspunkten, auf die der Vorsitzende im Verlauf der Enquete selbst hingewiesen hat, wie auch noch aus den Protokollen ersichtlich, unterblieben. Es scheint, als ob hier eine bestimmte Auslese stattgefunden hat. Jedenfalls ist klar, daß all dies nicht hätte geschehen können, wenn man sich etwas besser klargemacht hätte, wie wichtig eine Enquete dieser Art ist, statt sie mehr oder weniger als eine Dekoration zur Verheimlichung der Unschlüssigkeit der Zollargumente zu benutzen. Charakteristisch ist übrigens, daß die „korrigierten“ Verschuldungsstatistiken des DLR. das einzige Material darstellen, das von den Zollanhängern der Kommission vorgelegt worden ist. Sie hatten es eben nicht nötig, da ihre Forderungen nicht von sachlichen, sondern von politischen Vorurteilen ausgingen.

### Die dänische Arbeiter-Kohlenimport-Genossenschaft.

Die bürgerliche Presse in Deutschland hat sich vor kurzem in sensationeller Weise mit der dänischen Arbeiter-Kohlenimport-Genossenschaft (Arbejdernes Braunkohleforretning) beschäftigt. Dazu schreibt unser Kopenhagener Mitarbeiter:

Die Arbeiter-Kohlenimport-Genossenschaft wurde im Jahre 1916 von den dänischen Gewerkschaften und der dänischen Sozialdemokratie gegründet. Während der Hochkonjunktur der Kriegsjahre war sie der Hauptimporteur deutscher Kohlen nach Dänemark. Nach dem Kriege schlug die Konjunktur um. Mit zunehmendem Angebot auf dem Weltkohlenmarkt fielen auch die Kohlenpreise und die Privatkohlenhändler traten immer mehr und mehr als Konkurrenz hervor. Es zeigte sich auch im großen und ganzen, daß die Genossenschaft zu groß angelegt war. Die Lage der Genossenschaft verschlechterte sich während des letzten milden

Winters. Es ergaben sich Verluste, durch die die Genossenschaft stark bei den Banken verschuldete. Um sich zu halten, mußte das Unternehmen nunmehr eine enge Verbindung mit der englischen Kohlenimportfirma Charrington eingehen. Die Details dieses Uebereinkommens sind unbekannt. Von der Leitung der Kohlenimportfirma wird nur bekanntgegeben, daß ihm von der englischen Firma ein größerer Warenkredit eingeräumt sei. Jedoch läßt die Tatsache, daß der bisherige Leiter der Genossenschaft, der seinerzeit von den Gewerkschaften und der Partei gewählte Gewerkschaftler Kiefer zurücktreten mußte und sein Nachfolger ein bisheriger höherer Angestellter der englischen Firma ist, keinen Zweifel, daß die englische großkapitalistische Firma bis zu einem gewissen Grad die dänische Arbeitergenossenschaft unter ihre Kontrolle gebracht hat. Wie weit diese Entwicklung auch die Arbeiterbank, deren Hauptaktionär die Arbeiter-Kohlenimportfirma ist und die mit dieser personell eng verbunden war, berührt, ist im Augenblick noch nicht zu übersehen.

In Deutschland interessiert an dieser Entwicklung vor allem die Tatsache, daß das englische Kohlenkapital auf dem besten Wege ist, sich den dänischen Kohlenmarkt, der ihm durch den Krieg verloren gegangen war, wieder zu erobern. Außer der Arbeiter-Kohlenimportfirma hat das englische Kohlenkapital vor kurzem auch den Hauptteil der Aktien der größten dänischen Kohlenimportfirma, der „Danjke Kulkompanie“ in seine Hände gebracht. Wie sich aus den Einfuhrziffern des letzten Jahres ergibt, ist der deutsche Kohlenexport nach Dänemark dann auch stark zurückgegangen. Wesentlich ist nur noch die Einfuhr von deutschem Koks nach Dänemark.

Völlig abwegig ist es aber, wenn die bürgerliche Presse in Deutschland und Dänemark sich über die Verbindung von Genossenschaften mit Privatfirmen entrüstet. Das zu tun heißt die Struktur des dänischen Wirtschaftslebens eben nicht kennen. Verbindungen zwischen Genossenschaften und Privatfirmen sind im dänischen Genossenschaftswesen, sowohl innerhalb der Bauerngenossenschaften wie innerhalb der Arbeitergenossenschaften schon immer gang und gäbe gewesen, oft leider mit dem Endresultat, daß das Privatkapital die Genossenschaft vollständig schufte. Daraus hat jede Genossenschaftsbewegung ihre Lehren zu ziehen. Die Entwicklung in der deutschen Arbeitergenossenschaftsbewegung bestätigt nur, daß der von ihr eingeschlagene Weg der Angliederung von produktiven Eigenbetrieben an die Genossenschaft und nicht der der Anlehnung an Privatkapital beschritten werden muß, wenn die Arbeiterchaft der Gemeinwirtschaft nahe kommen will.

Bauern als Sparer und Kreditnehmer. Nach dem Zentralblatt des Deutschen Landwirtschaftsrats hat die Badische Bauernbank (oben ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1924 veröffentlicht. Der Gesamtumsatz im Jahre 1924 betrug 822 Millionen Mark gegenüber 52 Millionen Mark im letzten Friedensjahr. Im Jahre 1924 war bei den Spareinlagen ein Nettozugang von über 4 Millionen Mark zu verzeichnen. Ueber die Bank wurden ca. 4 Millionen Reichsmark Kredit den ländlichen Kreditvereinen zugeführt. Es ergibt sich also, daß die Kreditübergabe und die Spareinlagenzunahme sich die Waage halten. Ein ähnliches, wenn auch nicht ganz so günstiges Bild ergaben die Berichte über die rheinischen Bauernkreditgenossenschaften, über die wir seinerzeit berichteten. Man wird diese Entwicklung als einen Beweis der von uns wiederholt festgestellten Tatsache betrachten können, daß die Notlage der Landwirtschaft selbst für das Jahr 1924 von den Interessenten ungeheuerlich übertrieben dargestellt worden ist, nur um die Zölle unter Dach und Fach zu bringen.

Zunehmender Weltverbrauch und Verknappung von Kupfer. Zu den Verhältnissen am Kupfermarkt, die wir in unserer letzten weltwirtschaftlichen Rundschau kurz beleuchtet haben, äußert sich ein bekannter englischer Spezialist: Der gegenwärtige Kupferverbrauch wird bis zum Ende des Jahres der Minimalproduktion aller Kupferminen die Waage halten. Der Weltkupferverbrauch war im Jahre 1923 um 22 Proz. höher als im Jahre 1922, und für das Jahr 1924 kann man eine neue Erhöhung von 12 Proz. gegenüber 1923 feststellen. Nach den Statistiken, die bis jetzt bereits veröffentlicht worden sind, ergibt sich, daß der Konsum in den ersten 6 Monaten des laufenden Jahres auf einen Rekordverbrauch von 175 000 Tonnen im ganzen Jahre 1925 mehr als im vergangenen schließen läßt. Unter diesen Umständen wird die gesamte Produktion noch vor Ende des Jahres 1925 absorbiert werden. Am Ende der letzten Woche ist der Preis für Kupfer auf der New Yorker Metallbörse auf 15 Cents gestiegen. Dies ist der höchste Preis, den das Metall seit dem Januar d. Js. erreicht hat. Man glaubt aber, daß der Höhepunkt noch nicht erreicht ist.

Auch ein Beitrag zum Preisabbau. Damit der Zweck der Hebung auch in der Devisenpolitik klar zu Tage tritt, hat der neugegründete Aluminium-Walzwerkverband, wie aus seinen neuen Preislisten ersichtlich ist, die Nech- und Kondenspreise durchweg erhöht. Die Erhöhungen, die ein besonderes Kapitel zu der Frage der Verbilligungsaktion bilden, betragen durchweg 10 bis 12 Prozent.

Die Inko-Hofmann-Werke sind mit der Stadt Breslau in Verhandlungen um einen Kredit in Höhe von 8 Millionen Mk. eingetreten. Es sollen bei der Inko-Hofmann A.-G. ausländische Aufträge größeren Umfangs vorliegen, für die bis jetzt keine Anzahlung geleistet worden ist. Danach wird es sich um einen sogenannten Naturbelohnungskredit handeln. An der Börse, wo die Nachricht zum Teil verstimmend wirkte, wurden die Verhandlungen lebhaft erörtert.

Abklopfung der Nordstern-Bank. Das noch im Besitz der Nordstern-Versicherungsgruppe befindliche Aktienpaket der Nordstern-Bank ist zu 108 Proz. von dem holländischen Baron von der Heydt erworben worden. Der Name der Bank wird umgeändert werden in „von der Heydt-Bank“.

Bedeutende Ausdehnung des indischen Baumwollbaus. Nach einem Kabel-Telegramm der „Terill-Boche“ aus Indien kommt die erste Berechnung der Baumwollanbaufläche für die Saison 1925/26 auf die Rekordzahl von 16 204 000 Acres, verglichen mit 12 741 000 Acres im gleichen Zeitpunkt des Vorjahres, d. h. es ist von einem Jahre zum anderen eine Zunahme von etwa 30 Proz. in dem mit Baumwolle bepflanzen Areal festzustellen. Die indische Regierung bemüht sich außerdem lebhaft, die Qualität der englischen Baumwolle zu verbessern.

Wetter für Berlin und Umgegend: Etwas kühler, meist bewölkt, neblig, etwas Regen. Für Deutschland: Im Norden strichweise Regen, im Süden etwas Regen.



## Haselnüsse im Pudding

sind etwas Neuartiges. Der herzhafte Geschmack der unter der Südsonne gereiften Haselnüsse gibt dieser bisher einzigartig dastehenden Puddingart einen eigenen Reiz. Jeder Puddingfreund und Feinschmecker schwört auf diesen

**MONDAMIN-FEINKOST-PUDDING**



## Aus schweren Tagen.

3] Ernstes und Heiteres von Adolph Hoffmann.  
(Schluß.)

Ich sah wie auf glühenden Kohlen und beobachtete den Zeiger der Wanduhr, der ruhelos, wie mir schien, im Eiltempo vorwärts liefte.

Um 3/8 Uhr läutete die Wohnungsglocke. Klopfenden Herzens ging ich zur Tür und — mir fiel ein Stein vom Herzen — Genosse Blos stand vor mir. „Aber!“ kam es vorwurfsvoll von meinen Lippen.

„Ja,“ sagte Blos, „seit vor halb sieben bin ich von Hause fort. Es war keine Kleinigkeit, die Spiegel, die sich wie Ketten anhefteten, abzuschütteln. Ich durfte sie doch nicht mit hierher bringen.“

Es war keine Zeit zu langen Auseinandersetzungen, denn jeden Augenblick konnte der königlich Preussische Stohooegel geflogen kommen. Ich machte also mit einem besonders pfiffigen Gesicht den Kleiderschrank auf, um dem Genossen Blos meine nächtliche Erleuchtung vorzuführen.

Unbeschreiblich war sein Gesicht, als er in den Schrank sah. „Ja, Genosse Hoffmann, wie haben Sie sich das gedacht?“ und schon war er im Schrank, um mit Kopfeslänge oben rauszukriechen. Der Schrank trachte in allen Fugen, besonders der Boden. Und hätte Genosse Blos nicht im nächsten Augenblick den einen Fuß wieder im Zimmer gehabt, wären vielleicht oben der Kopf und unten die Füße verschwunden.

„Nein, lieber Freund,“ so geht's nicht,“ sagte Blos, die Wohnung rekonstruierend. „Die Kammertür geht nach innen auf. Ich helfe mich, bis Sie ihn zum Sagen gebracht haben, hinter die Tür. Öffnen Sie diese, so steht er in das Zimmer und ich werde durch die Tür verdeckt. So wird es hoffentlich gehen. Wenn nur das Kind nicht munter wird und uns einen Streich spielt.“

In diesem Augenblick klingelte es.  
„Das ist er,“ sagte ich leise und ging langsamen Schritts zur Wohnungstür.

### Der Fuchs im Eisen.

„Kriminalkommissar“ Weinert stand vor derselben und trat ohne Aufforderung ein. In meiner Erregtheit war ich sogar so unhöflich, voran in die Stube zu gehen. Erst als ich sah, daß Blos verschwand und die Kammertür angelehnt war, fand ich meine Ruhe wieder. Hut und Stiefel hatte Blos mitgenommen, aber seine brennende Zigarre lag auf dem Tisch. Ich, der Nichtraucher, mußte also die „Gistmudel“ weitertrauchen!

Der Kriminalist zeigte entgegen meinen Befürchtungen keinerlei Interesse für meine Wohnung und nahm auf meine Aufforderung auf dem Stuhl vor der Kammertür Platz, während ich mich auf das Sofa setzte.

Man muß es dem Herrn Kommissar lassen, er ging ohne viel Umstände auf sein Ziel los.

„Herr Hoffmann, Sie wissen, um was es sich handelt. Mein Beamter hat Sie von allem unterrichtet. Wir können uns also jede Einleitung sparen.“

„Sie suchen Spiegel.“  
„So dürfen Sie das nicht auffassen. Wir wissen Ihren Wert zu schätzen und denken nicht daran, Sie als gewöhnlichen Kunden zu behandeln. Es wird bei Ihnen liegen, sich bei uns unentdeckt zu machen. Sie wären nicht der erste, der, wenn er sich belächelt erwiesen, als Beamter in feste Position tritt.“

„Sie verlangen also nicht nur, daß ich Lump werde, sondern mir damit Geld verdienen, daß ich das Vertrauen meiner Freunde täusche, Verrat übe und sie ans Messer liefere.“

„Sie befinden sich in einem doppelten Irrtum,“ entgegnete Weinert. „Erstens fassen wir unseren Beruf als nützlich, Staat und Ordnung erhaltend auf. Zweitens liegt uns gar nichts daran, diesen oder jenen armen Schächer, der den „Zürcher“ verbreitet, oder mal an einer Zusammenkunft teilnimmt, ins Gefängnis oder zur Ausweisung zu bringen. Was wir von Ihnen verlangen, ist höheres. Wir wollen über das Innenleben der ganzen Partei informiert sein, von ihren Vorbereitungen und Unternehmungen vorher unterrichtet werden.“

„Da kommen Sie bei mir an eine falsche Adresse.“  
Lächelnd mehrte er ab. „Wir sind sehr gut unterrichtet, denn Sie glauben gar nicht, wo wir alles unsere Beobachter haben und — welche Leute in unseren Diensten stehen, so daß wir einen durch den anderen kontrollierten.“

„Das kann ich mir nicht denken,“ warf ich ein. „Der Schritt vom ehrlichen Menschen zum verräterischen Lumpen ist doch nicht so leicht.“

„Sie würden diese Tätigkeit nicht mit solchen Worten bezeichnen, wenn Sie wüßten, wer uns alles bedient. Nicht wenige Ihrer Bekannten“ — sagte er langsam, jedes Wort hervorhebend.

„Das ist nicht wahr,“ fuhr ich auf.  
„Erregen Sie sich nicht. Lassen Sie sich gesagt sein: Wir haben unsere Vertrauensleute in allen Kreisen und Parteien.“

„Das soll also heißen,“ fuhr ich dazwischen, „alle sind bestedlich?“  
„Wenn Sie das so bezeichnen,“ entgegnete er, „ist auch Eugen Richter bestedlich.“

„Eugen Richter?“ stieß ich in namenloser Empörung hervor. — Ich hatte gewiß für den sonotischen Bekämpfer der Sozialdemokratie nichts übrig, aber diese Behauptung ging doch über alles.

Ich wollte Gewißheit haben und sagte: „Wenn Sie mir das beweisen könnten, dann —“ Ich zögerte.

Weinert langte seine Briefstube heraus und suchte darin. — Sagte dann nach einer Pause ansehend vergeblichen Suchens: „hm, bedauere, die Beweise dafür nicht bei mir zu haben. Sie werden aber sehr bald selbst erfahren und einsehen, was für Leute —“

Mein betretenes Schweigen wohl für Zögern haltend, fuhr er fort: „Sehen Sie, wir wollen Sie wirklich nicht als gewöhnlichen Zutritter haben, sondern als einen wertvollen Mitarbeiter, der es selbst in Händen hat, durch Geschicklichkeit und Vorsicht sich unentdeckt zu machen und es zum angestellten Beamten zu bringen. Vorsicht ist natürlich eine der Hauptbedingungen. Das erreichen wir zuerst, wenn wir nur äußerst selten und dann an Orten, wo Ihre Genossen uns nicht sehen, zusammenkommen. Sonst aber unter einer zu verabschwendenden Chiffre nur schriftlich postlagernd verkehren.“

Da ich noch immer nichts erwiderte, sagte er: „Sie sollen ohnehin jede Leistung zwanzig Mark pro Woche erhalten und für jede Mitteilung besonders honoriert werden. Es liegt also ganz an Ihrem Eifer und Ihrer Geschicklichkeit, wieviel Sie verdienen wollen.“

Er glaubte wohl seinen Worten mehr Nachdruck geben zu können, indem er das Wortemännle zog, ein Zwanzigmarkstück herausnahm, es zwischen den Fingern spielen ließ und langsam sagte: „Ich bin bereit, Ihnen die ersten zwanzig Mark zu zahlen, möchte aber zuvor um eine kleine Mitteilung bitten.“

Blos und ich hatten bei der Vorbesprechung im Reichstag verabschiedet, die Situation nicht so weit kommen zu lassen, daß ich Geld annehmen mußte. Es war aber auch mit meiner mühselig bewahrten Ruhe vorbei.

Ich schob den auf Rollen gehenden vollen Tisch vor mir weg, sprang auf und plachte in schroffem Tone heraus:  
„Ich habe Ihnen nur die Mitteilung zu machen, daß Sie recht naiv auf meine Falle eingegangen sind.“

Weinert war entsetzt aufgesprungen. Neben ihm ging die Tür auf und zu seinem Schrecken trat Wilhelm Blos mit den Worten heraus:

„Darf ich Ihnen vielleicht auch eine Mitteilung machen?“

Aus der Küchentür kam der nach Weinert erschienene Galanteriewarenhändler, der von dort den „Spiegelwerber“ beobachtet hatte, mit den Worten: „Guten Morgen, Herr Kommissar! Schon so früh in staatsverhaltender Tätigkeit?“

Der Herr „Kommissar“ hatte sich rückwärts bis an das Bett meiner Tochter konzentriert und stützte sich, da ihm die Beine schlotterten, mit beiden Armen darauf, die Finger resp. Nägel so in das Bett eintrampfend, daß er diese „Eindrücke“ dauernd zurückließ. Ich stellte die Herren vor: Herr Kriminalkommissar Weinert, Herr Reichstagsabgeordneter Wilhelm Blos, Herr Galanteriewarenhändler —

Mit einer abwehrenden Handbewegung stieß Weinert leichenblau die Worte hervor: „Ich kenne, ich kenne!“ und erhob hilflos bittend beide Hände gegen Blos, indem er stammelte: „Herr Abgeordneter — Sie werden verstehen — begreifen — ich habe auch Familie — Ich — ich bitte um Discretion.“

Genosse Wilhelm Blos erwiderte, jedes Wort scharf betonend: „Ich verstehe sehr gut, höfentlich Sie auch. — Sie schonen unsere Familien nicht, wir haben keine Ursache, Ihre zu schonen. — Diesmal kämpfen wir mit gleichen Waffen. — Das werden auch Sie begreifen!“

Indem ich auf die Tür zeigte, sagte ich: „Und nun, Herr Kommissar, sind Sie wohl so freundlich und machen meine Tür von draußen zu. Verleihen Sie sich ein für alle Mal: Ein Sozialdemokrat ist nie Verräter und ein Verräter ist nie ein Sozialdemokrat gewesen. Hin aus!“

Der Entlarvte zitterte vor ohnmächtiger Wut und Angst wie Ulpenlaub, ging wie ein Krebs rückwärts durch die ganze Küche bis zur Treppentür, wahrscheinlich aus Angst, noch eine anstößige „Reinigung“ zu erhalten, indem er unter fortwährenden Bücklingen so lächeln versuchte, aber nur eine ganz verzerrte Bifage zeigte. So wie er die Tür hinter sich zu hatte, raste er die vier Treppen hinunter und sah und Keiter sah ich erst nach langen Jahren in Magdeburg als wirklichen Kommissar wieder.

Genosse Wilhelm Blos fixierte das Erlebnis sofort schriftlich und gab eine Notiz für die Presse auf. Um aber das erst kurze Zeit bestehende „Berliner Volksblatt“ nicht durch Verbot zu gefährden, erschien die Notiz zuerst in der damals noch demokratischen (Philipp-Lenzmannsche Richtung) „Volkszeitung“ unter der Stichmarke:

„Ein Geheimer in Rößen.“

Genosse Blos hatte recht behalten, als er beim Abschied sagte: „Genosse Hoffmann, leben Sie sich jetzt doppelt vor. Wenn der erst zur Bestimmung kommt, wird er mit allen Mitteln sich rächen.“

Doch davon ein andermal.

## Der streifende Bauunternehmer.



ordneter — Sie werden verstehen — begreifen — ich habe auch Familie — Ich — ich bitte um Discretion.“

Genosse Wilhelm Blos erwiderte, jedes Wort scharf betonend: „Ich verstehe sehr gut, höfentlich Sie auch. — Sie schonen unsere Familien nicht, wir haben keine Ursache, Ihre zu schonen. — Diesmal kämpfen wir mit gleichen Waffen. — Das werden auch Sie begreifen!“

Indem ich auf die Tür zeigte, sagte ich: „Und nun, Herr Kommissar, sind Sie wohl so freundlich und machen meine Tür von draußen zu. Verleihen Sie sich ein für alle Mal: Ein Sozialdemokrat ist nie Verräter und ein Verräter ist nie ein Sozialdemokrat gewesen. Hin aus!“

Der Entlarvte zitterte vor ohnmächtiger Wut und Angst wie Ulpenlaub, ging wie ein Krebs rückwärts durch die ganze Küche bis zur Treppentür, wahrscheinlich aus Angst, noch eine anstößige „Reinigung“ zu erhalten, indem er unter fortwährenden Bücklingen so lächeln versuchte, aber nur eine ganz verzerrte Bifage zeigte. So wie er die Tür hinter sich zu hatte, raste er die vier Treppen hinunter und sah und Keiter sah ich erst nach langen Jahren in Magdeburg als wirklichen Kommissar wieder.

Genosse Wilhelm Blos fixierte das Erlebnis sofort schriftlich und gab eine Notiz für die Presse auf. Um aber das erst kurze Zeit bestehende „Berliner Volksblatt“ nicht durch Verbot zu gefährden, erschien die Notiz zuerst in der damals noch demokratischen (Philipp-Lenzmannsche Richtung) „Volkszeitung“ unter der Stichmarke:

„Ein Geheimer in Rößen.“

Genosse Blos hatte recht behalten, als er beim Abschied sagte: „Genosse Hoffmann, leben Sie sich jetzt doppelt vor. Wenn der erst zur Bestimmung kommt, wird er mit allen Mitteln sich rächen.“

Doch davon ein andermal.

## Die Lustigen von Weimar.

(Zu Goethes Geburtstag am 28. August.)

Die Anekdote ist das standhafteste Denkmal, das der Witz der Berühmtheit setzt. Ihr zähes Leben schreibt sich daher, daß sie in eindringlichster, kürzester Form das Charakterbild des Menschen gibt. Es ist ganz sicher, daß ein großer Teil der Nachwelt von den großen und erhabenen Dingen, die ein Führer der Menschheit vollbracht hat, fast nichts mehr weiß, und daß sein Name den meisten Menschen leerer Schall wäre, lebte er nicht in einer Anekdote fort, die unsterblich ist. Wenn sie eine wirkliche, echte Anekdote ist, das will sagen: ein knapp umrissenes Charakterbild, so ist sie immer wahr, auch wenn sie etwas erzählt, was sich nie und nimmer ereignet hat. Man kann getrost behaupten, so sagt Karl Ulmer in einem hübschen Bändchen Goethe-Anekdoten, die unter dem Titel „Die Lustigen von Weimar“ rechtzeitig zum diesjährigen Geburtstag des Dichtersfürsten im Edwin-Runge-Verlag erschienen sind, und dennoch haben sie eine innere Wahrheit. Sie haben sich an das Leben eines Menschen kristallisiert, sind gleichsam ein Stück des Lebens selbst geworden. Ihr Held ist dahingegangen, seine Taten und seine Werte sind verblaßt, die Anekdote ist geblieben. In ihr lebt er weiter.

Ulmers Büchlein stellt in der unübersehbaren Reihe der Goethe-Literatur ein Unikum dar: es ist die Frucht einer jahrelangen Sammlertätigkeit, die Blüten pflückte, wo sie welche fand. So brauchen wir uns diesem Strauß nur etliche der Blüten herauszugreifen, um ihren Helben lebendig vor unserem inneren Auge erstehen zu lassen.

1808 beauftragte Goethe seinen Schwager Schloffer, die Streichung seines Bürgerrechts in der Stadt Frankfurt am Main zu beantragen, weil er von diesem Recht weiter keinen Nutzen habe, sondern dafür nur städtische Steuern zahlen müsse. Schloffer machte den Vorschlag, dem größten Sohn der Stadt Frankfurt das Ehrenbürgerdiplom zu verleihen, fand aber keine Gegenliebe bei den Vätern der Stadt. Goethes Name wurde vielmehr aus dem Bürgerbuche gelöscht. Noch am 80. Geburtstag Goethes, also zwanzig Jahre später, hatten die Stadträte nicht vergessen, daß Goethe sich aus materiellen Gründen von seinem Bürgerrecht der Stadt freigegeben hatte. Auf einem ihm zu Ehren in seiner Vaterstadt gegebenen Festessen wurde auf den achtzigjährigen Goethe von einem Mitglied des Magistrats dieser Trinkspruch ausgebracht:

„Uns bleibt der Frankfurter Goethe teuer,  
Zählt er auch keine Einkommensteuer.“

Ein Dichter aus dem Berliner Romantikerkreise, der Goethe in Weimar besuchte, hat den Dichter des Faust beim Abschied um ein

Andenken. Goethe nahm eine neue Feder, tauchte sie ein und schrieb ein paar Zeilen. Dann gab er dem Berliner Romantiker — nicht etwa das beschriebene Blatt, sondern die Feder. Der Romantiker steckte die Feder lachend in die Tasche und sagte zu Goethes größter Verblüffung: „Erzählen, warum nicht lieber eine vollständige Gans?“

Ottile von Goethe berichtete früh am Morgen ihrem greisen Schwiegervater, daß bei einem Ball am gestrigen Abend die polnische Sängerin Fräulein von ... (ja höchst unangenehm) aufgefallen sei, weil sie in unschicklichster Weise eine Mazurka getanzt habe. Der alte Goethe sah mit unerklärlicher Ruhe auf seinen Frühstückstisch. „So,“ murmelte er, „in der Tat? Wie tanzte sie denn?“ — „Die Röde flogen ihr um die Arme, und sie selber debitierte und bewegte sich beinahe mädchenschaft. Es war ein rechter Skandal.“ — Der greise Dichter zog mit einem Ruck seine Weste zurecht, lehnte sich in seinen Stuhl zurück und sagte voll stiller Traurigkeit: „Wie schade, daß ich nicht dabei gewesen bin.“

Als Johannes Falk noch der Weimarer Elegante und Satirendichter war, äußerte er sich einmal in Goethes Gegenwart höchst abfällig über den alten Zelter, Goethes sehr verehrten Intimus. Er bemerkte seine wenig salonmäßigen Manieren und schloß mit den Worten: „Was soll man denn zu einem Menschen sagen, der auf den Fußboden spuckt?“ — „Was soll man zu mir sagen,“ fragte Goethe schwer gedregert und setzte höhnvoll die Mundwinkel, „ich spucke auf euch alle!“

Bei einem Besuch der Saline zu Sulza fiel Goethe der junge Sohn des Salineninspektors auf, der sich dem Rundgang angegeschlossen hatte. Beim Abschied unterhielt sich Goethe mit dem aufgeweckten Jüngling und fragte ihn schließlich: „Weißt Du denn auch, wer ich bin?“ — „Jawohl, der Dichter Goethe.“ Da aber tief voller Entsetzen der Salineninspektor aus: „Du dumme Junge, das wäre was Rechtes! Geheimrat ist der Herr!“

## Künstliche Erzeugung der Winterfärbung.

Die Winterfärbung der Tiere, die in unseren Regionen zumeist in einer schwarzen Färbung besteht, ist zweifellos eine Schutzmaßnahme, da in der Winterlandschaft bei uns ein kämiges Schwarz so häufig ist, daß eine dunkle Farbe einen gewissen Versteckwert besitzt. Ueber die Entstehung dieser Färbung war bisher wenig bekannt. Nunmehr aber ist es Dr. Walter Schulz gelungen, durch Versuche den Nachweis zu erbringen, daß Kälte direkt auf die Haut wirkender Einfluß die Ursache des Winterdunkels bei manchen Säugetieren ist. Ueber diese für die Biologie und die Vererbungslehre wichtigen Experimente berichtet er in einem Aufsatz der „Umschau“.

Zunächst verwendete er als Versuchstiere sog. Russenkaninchen, eine am ganzen Körper mit Ausnahme der Ohren, der Füße, der Nase und des Schwanzes reinweiße Kaninchenrasse. Hielt er die Tiere nach der Abzupfung der weißen Haare sehr warm, so wuchs nur weißes Haar; zupfte er dieses gleich wieder aus und brachte das Tier in Frost, so wurde das nun wachsende Haar schwarz. Nicht blieb ohne Einfluß. Es gelang ihm auf diese Weise, weiß und schwarz getigerte Kaninchen zu erzeugen, indem er gewisse Stellen der Haut der Kälte aussetzte und andere nicht. Es ergab sich, daß in diesem Falle das Winterdunkel der Säugetiere willkürlich erzeugt und beseitigt werden kann und das experimentell die auf die Haut direkt wirkende Kälte, als Ursache des Winterdunkels nachzuweisen ist. Noch ähnlicher den in der Natur vorkommenden Fällen der Winterdunkelfärbung waren die Versuche an einer gelben schwarzspitzigen Kaninchenrasse, den Thüringer Kaninchen, bei denen eine sehr weitgehende Nachahmung der Winterdunklung des Rehfelles erzielt wurde. Auch hier ließ sich durch Kälte, und zwar durch direkte Kältewirkung auf die Haut eine Winterdunklung erzeugen, aus der man auf einen ähnlichen Vorgang bei der Winterfärbung des Rehs schließen kann. Schulz erzeugte auch an Hühnern im Winter Weißverlust und Schwarzvermehrung. Seine Versuche sind von Kaninchenzüchtern bestätigt und im Moskauer Zoologischen Garten auf Polartiere ausgedehnt worden.

## Kalenderreform des Völkerbundes.

Schon in früheren Jahren wurde verschiedentlich vorgeschlagen, die Zahl der Tage eines Monats auf 28 festzusetzen. Die überragende Lage sollten zu einem dreizehnten Monat vereinigt werden. Aber all diese Vorschläge führten zu keinem positiven Ergebnis, da Kirche und Öffentlichkeit an der heiligen uralten Zwölftzahl unbedingt festhielten und auch die Geschäftswelt die zunächst sicher eintretende Verwirrung fürchtete. Interessant ist es nun zu hören, daß sich der Völkerbund zurzeit mit Kalenderreformgedanken beschäftigt und er scheint es eilig zu haben; denn es liegt ihm schon ein vollständig ausgearbeitetes Schema vor, das wir nachstehend angeben:

Zukünftiger Kalender	Jetziger Kalender
Januar	1. — 23. Januar
Februar	24. Januar — 25. Februar
März	26. Februar — 25. März
April	26. März — 22. April
Mai	23. April — 20. Mai
Juni	21. Mai — 17. Juni
Juli	18. Juni — 15. Juli
August	16. Juli — 12. August
September	13. August — 9. September
Oktober	10. September — 7. Oktober
November	8. Oktober — 4. November
Dezember	5. November — 2. Dezember
	3. Dezember — 31. Dezember

Zwischen dem Juni, der zehn Tage früher beginnen soll, und dem Juli wird also der neue Monat Sol, der Sonnenmonat, eingefügt. Praktischen Wert hat diese geplante Zeitordnung vielleicht für die Geschäftswelt, während sie die übrigen Menschen als störend empfunden werden, da vor allem durch diesen neuen Kalender die Jahreszeiten ziemlich durcheinander gebracht werden. Historisch gerichteten Menschen wird er schweres Kopfschmerzen bereiten; denn durch ihn kommen sie mit der Berechnung und Feier geschichtlicher Gedenktage in große Verlegenheit. Ubergläubigen Menschen aber wird er gar nur noch Unglücksjahre bringen; denn die künftigen Jahre sollen aus dreizehn Monaten bestehen.

Die Tauben von San Marco. Jeder Besucher Venedigs kennt die Tauben, die zur Freude des Publikums den Marcusplatz bevölkern. Es sind Nachkommen jener Tiere, die in alter Zeit am Palmsonntag während der prunkhaften Osterprozession vom Turm der Marcuskirche aus in Freiheit gesetzt wurden. In dem Augenblick, in dem das „Gloria“ angestimmt wurde, wurden die Tauben freigelassen und gleichzeitig Olivenzweige unter die Menge geworfen. Da die Tauben und Zweige als Glückbringer galten, so gab sich jeder Mühe, eine Taube zu fangen oder einen der herabfallenden Zweige zu ergreifen. Nur wenige der scheuen Tiere konnten sich dieser Jagd entziehen. Die eingefangenen Tauben wurden dann am Osterfest freigelassen. Die eingefangenen Tauben wurden dann am Osterfest freigelassen. Die eingefangenen Tauben wurden dann am Osterfest freigelassen. Die eingefangenen Tauben wurden dann am Osterfest freigelassen.

